



Evangelische Verantwortung

Entwicklung und internationale Ordnung in der Dritten Welt

Volkm^{ar} Köhler

Einhundert Jahre „Rerum Novarum“ sind ein willkommener Anlaß, darüber nachzudenken, welche Antworten christliches Denken auf die immer neu zu stellenden Fragen nach einer sinnvollen und verantwortlichen Wirtschafts- und Sozialordnung geben kann – Antworten, die dem Wesen des Menschen gerecht werden, indem sie nicht nur seine Stärken, sondern auch seine Schwächen einbeziehen, Antworten, die einen Weg zu Gerechtigkeit zeigen, ohne die Freiheit des einzelnen im Kern zu beschneiden.

Auch wenn soziale Fragen schon vom Grundsatz her in den Themenbereich christlichen Denkens gehören und sich die Anfänge der katholischen Soziallehre bis hin zu Augustinus (354-430) zurückverfolgen lassen, so markiert die Sozialenzyklika „Rerum Novarum“ doch einen Anfang insofern, als hier erstmals die Strukturprobleme des Industriezeitalters in einer offiziellen Verlautbarung des Papstes aufgeführt werden. Damit treten soziale, wirtschaftliche und politische Strukturprobleme an sich und nicht länger nur als Glaubensprobleme in das Blickfeld der Kirche – etwas verzögert zwar, aber doch ein Schritt in die Moderne. In den Enzykliken „Populorum Progressio“ von 1967 und „Sollicitudo Rei Socialis“ von 1987 weitet sich dieser Blick, reagiert auf die veränderte Weltsituation und wendet sich den Problemen einer internationalen Ordnung zu, insbesondere dem Verhältnis zwischen den reichen Industriestaaten des Nordens und den armen, unterentwickelten Ländern des Südens.

Die Kirche – über Parteien, Völkern und Nationen stehend – hat ihre Aufgabe angenommen, den Menschen die verbindlichen Maßstäbe politischen Handelns ins Bewußtsein zu rufen.

Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen ist die Überzeugung, daß der christliche Glaube vor den Bereichen

des Sozialen und des Politischen nicht haltmachen darf; der christliche Glaube umfaßt den ganzen Menschen und muß deshalb in alle Bereiche der Lebenswirklichkeit hinein wirken.

Dabei steht unser Wirken in einem Spannungsverhältnis, das nicht aufgehoben werden darf; ich spreche von dem Verhältnis von Diesseits und Jenseits. Einerseits darf unser Handeln in der Welt uns niemals die unvollendet bleibende Gestalt der Welt vergessen lassen, andererseits müssen wir trotz



Dr. Volkm^{ar} Köhler, MdB: Die Welt wird immer erlösungsbedürftig bleiben.

dieses Wissens an einer aktiven Verbesserung der Welt in Richtung auf die Verheißung Gottes hinarbeiten.

Diese Spannung wird aufgelöst in monistisch argumentierenden Sozialethiken, in denen die Verkündigung des Reiches Gottes und die Beseitigung sozialer und politischer Mißstände in einen direkten Zusammenhang gebracht werden; man denke an die geschichtsimmanente Eschatologie Thomas Müntzers oder an die katholische Befreiungstheologie. Beide Beispiele verdeutlichen auch die Tendenz monistischer Auffassungen, den Akzent vom Glauben auf die sozialrevolutionäre Vision zu verlagern – und in diesem Zusammenhang unter Umständen auch die Anwendung von Gewalt als letzten scheinbaren Ausweg vor der Verzweiflung zu bejahen.

Demgegenüber wird in dualen Ansätzen die Trennung von göttlicher und weltlicher Ordnung stets aufrechterhalten; Eigenständigkeit und Eigengesetzlichkeit in den Bereichen Politik und Wirtschaft werden stärker betont. Damit wird zugleich der Absolutheitsanspruch, den monistische Ansätze häufig in sich tragen, abgelehnt; duale Sozialethiken eröffnen größere Spielräume in den Auffassungen über die Lösung weltlicher Probleme und leisten so einen Beitrag zum Pluralismus. Aus der so verstandenen Spannung heraus ist es nicht nur das Recht, sondern auch die Aufgabe der Kirche, in Kontinuität und Erneuerung ihrer Lehre Prinzipien für das konkrete Handeln im Umgang mit weltlichen Problemen festzulegen.

Frieden zwischen den Völkern

Zentrales Thema der Botschaft Jesu Christi ist der Frieden – Frieden unter den Menschen, Frieden zwischen den Völkern. Sowohl für die evangelische als auch für die katholische Kirche bedeutet Frieden heute mehr als die bloße Abwesenheit von Krieg: Der evangelische Theologe Erwin Wilkens definiert Frieden als „gestaltete Ordnung von höchster positiver Qualität; Freiheit und Gerechtigkeit sind ihre unentbehrlichen Wesensmerkmale“; Papst Paul VI. gab dem Begriff in der Enzyklika „Populorum Progressio“ eine dynamische Wendung, für ihn ist die „Entwicklung der neue Name für Frieden“.

Dynamisch, weil Entwicklung eben kein Endzustand ist, sondern ein fortlaufender, offener Prozeß. Diese prinzipielle Offenheit des Entwicklungsprozesses resultiert aus der Freiheit des Menschen – des Menschen, der im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen soll. Entwicklung zielt auf den ganzen Menschen und kann daher nicht nur in rein ökonomischen Kategorien gemessen werden; es ist das Verdienst der katholischen Soziallehre, auch darauf immer wieder hingewiesen zu haben. Wirtschaftliches Wachstum ist zwar eine notwendige, jedoch keine hinreichende Bedingung für menschliche Entwicklung. Ein angemessenes Einkommen ist nur ein Aspekt unter vielen; langes Leben, Gesundheit, Bildung, politische, wirtschaftliche und soziale Freiheit, persönliche Sicherheit und garantierte Menschenrechte – dies sind Faktoren, die die Lebensqualität des Menschen ausmachen. Ein darüber hinausgehendes Entwicklungsziel ist die Möglichkeit zu freier Entfaltung von Kreativität und Produktivität.

Trotz großer Aufwendungen in der Vergangenheit – allein die Bundesrepublik Deutschland hat in den Jahren 1959 bis 1989 333 Mrd. DM aufgebracht, davon 137 Mrd. DM über die öffentliche Zusammenarbeit – kann von einer weltweiten Verwirklichung dieser Entwicklungsziele nicht einmal ansatzweise die Rede sein.

Schlimmer noch, die Schere zwischen Nord und Süd, Arm und Reich öffnet sich in einem erschreckenden Ausmaß: Seit 1980 verzeichnen die 25 reichsten Länder der Erde einen Bevölkerungsrückgang um 6 %, während ihr Anteil am Welteinkommen um den gleichen Prozentsatz gestiegen ist. Im

gleichen Zeitraum wuchs die Bevölkerung der 25 ärmsten Länder der Erde um 14 %, ihr Anteil am Welteinkommen verringerte sich aber um 2 %. So verfügt heute ein Fünftel der Menschheit – nämlich die Bevölkerung der Industrieländer – über mehr als vier Fünftel des Welteinkommens, was zugleich bedeutet, daß sich vier Fünftel der Menschheit, die Bevölkerung der Entwicklungsländer, mit knapp einem Fünftel des Welteinkommens begnügen müssen.

Schon diese wenigen Zahlen stören unser aller Gerechtigkeitsempfinden ganz erheblich; von dem „Weltgemeinwohl“, wie Johannes Paul II. es in Übertragung des Gemeinwohlprinzips auf die internationale Ebene fordert, sind wir noch allzu weit entfernt.

Ursachen der Probleme

Bei der Suche nach den Ursachen dieser Negativ-Trends übersehen monokausale Erklärungen die außerordentliche Komplexität des Problems. Sowohl interne wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Faktoren in den Entwicklungsländern selbst als auch das weltwirtschaftliche und -politische Umfeld müssen bei der Analyse der Entwicklungshemmnisse berücksichtigt werden.

Die internationale Arbeitsteilung und die zunehmende Integration in die Weltmärkte machen die Entwicklungsländer eben auch anfällig für weltwirtschaftliche Schwankungen.

Welche Ordnungsvorstellungen sollen die Weltwirtschaft der Zukunft bestimmen, um die Entwicklungsländer zu integrieren und aus ihrer skandalösen Armut zu befreien? Selbstverständlich verpflichtet uns das Gebot der Solidarität, den armen Ländern mit öffentlicher Hilfe unter die Arme zu greifen. Gleichzeitig fordert aber das Subsidiaritätsprinzip, daß die Entwicklungsländer die Möglichkeit erhalten müssen, sich immer stärker mit ihrem eigenen Potential am internationalen Warenaustausch zu beteiligen – Hilfe durch Handel heißt die Devise.

Mit dieser Frage hat sich die Kirche, die ja immer das Ziel der Gerechtigkeit verfolgen und für die Schwachen Partei nehmen muß, seit jeher schwer getan. Dies gilt sowohl für die evangelische als auch für die katholische Kirche. Häufig genug wurde, wenn es um Fragen der Wirtschaftsordnung ging, die soziale Marktwirtschaft mit dem libe-

ralen Kapitalismus gleichgesetzt; Paul VI. schreibt dazu im Zusammenhang mit der Industrialisierung, die ihm als „Zeichen und teilweise Ursache der Entwicklung“ gilt: „Zum Unglück hat sich mit diesen neuen Formen des Lebens ein System verbunden, das den Profit als den eigentlichen Motor des wirtschaftlichen Fortschritts betrachtet, den Wettbewerb als das oberste Gesetz der Wirtschaft, das Eigentum an den Produktionsgütern als ein absolutes Recht, ohne Schranken, ohne entsprechende Verpflichtungen der Gesellschaft gegenüber.“ Die Kirchen haben die Schattenseiten der Weltwirtschaft wohl erkannt, trotzdem waren sie lange Zeit nicht vollständig bereit, die Eigengesetzlichkeiten des Wirtschaftslebens anzuerkennen und auf deren Basis Konzepte zur Lösung der Probleme zu entwerfen, sondern haben sich mit der Mahnung begnügt, daß die Güter der Erde für alle da seien.

Die bloße Forderung nach Gerechtigkeit und die Anwendung rein ethisch fundierter Urteile in dem Feld, von dem wir hier reden, enthält für meine Begriffe eine außerordentliche Gefahr. Ich behaupte, daß die Anwendung ethischer Urteile ohne Berücksichtigung wirtschaftlicher Sachgesetze zu unverantwortlichen Ergebnissen führt. Kardinal Ratzinger hat die richtige Feststellung getroffen, daß die Anwendung der Moral auf wirtschaftliche Phänomene ohne Berücksichtigung der wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten zum Moralismus führt – und damit zum Gegenteil von Moral.

Die Freiheit des Menschen und die prinzipielle Offenheit von Entwicklungsprozessen fordern auch ein freies, offenes Wirtschaftssystem. Der Gedanke einer abschließenden politischen und wirtschaftlichen Ordnung läuft dem innersten Wesen menschlicher Existenz zuwider. Freiheit ist eine anthropologische Grundkategorie. Flexibilität und Entscheidungsmöglichkeiten machen die Freiheit des Menschen aus. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, daß abschließende Ordnungsvorstellungen per se demokratiefeindlich sind. Marktwirtschaft strebt in diesem Sinne keine abschließende Ordnung an – deshalb fügt sie sich auch nicht in ein Konzept für die immer wieder propagierte „Neue Weltweite Wirtschaftsordnung“, sondern ist selbst ein offener Prozeß. Sie gibt den ordnenden Rahmen vor. Immer aber müssen die Frei-

heit und die Rechte des Einzelnen ihre Grenzen an der Freiheit und dem Recht der Anderen finden. Diesem ethischen Anspruch trägt die soziale Marktwirtschaft Rechnung, indem sie die Synthese von marktwirtschaftlichen Unabdingbarkeiten und sozialen Fortschritten anstrebt. Soziale Marktwirtschaft ist eben kein rein ökonomisches Modell, sondern weist der Ökonomie eindeutig dienende Funktionen zu. Ich berufe mich hier u.a. auf den bekannten katholischen Wirtschaftswissenschaftler Alfred Müller-Armack, der immer wieder betont hat, daß eine Wirtschaftsordnung der tieferen Begründung durch sittliche Ideale bedarf, welche ihr erst die innere Berechtigung verleihen.

Umso bemerkenswerter ist es, daß **K** den jüngsten weltpolitischen Entwicklungen – und interessanterweise fast zeitgleich – die beiden großen Kirchen die gleichen Konsequenzen ziehen, wenn es um die Frage geht, welches Modell jetzt Vorbildcharakter für die wirtschaftliche und soziale Ordnung in der Welt haben soll. In der Enzyklika „Centesimus Annus. Der 100. Jahrestag“ erkennt Johannes Paul

II. erstmals die Eigengesetzlichkeiten des wirtschaftlichen Geschehens an und beschreibt Marktwirtschaft als „ein Wirtschaftssystem ..., das die grundlegende und positive Rolle des Unternehmens, des Marktes, des Privateigentums und der daraus folgenden Verantwortung für die Produktionsmittel, der freien Kreativität des Menschen im Bereich der Wirtschaft anerkennt“, ein Wirtschaftssystem, in dem das Funktionieren des Marktes zugleich am Gemeinwohl ausgerichtet ist. Wer könnte eine bessere Definition von sozialer Marktwirtschaft geben?

Parallel dazu hat die EKD kürzlich ein Denkschrift vorgelegt, die „soziale Marktwirtschaft als Chance für zukunftsfähiges wirtschaftliches Handeln“ versteht.

Die Rufe nach einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ sind zwar leiser geworden, sie sind aber noch nicht verstummt. Da die Entwicklung vieler Staaten bereits durch innerstaatliche Behinderungen der menschlichen Innovationsfähigkeit und -bereitschaft eingeschränkt ist, wäre es die schlechteste mögliche Reaktion auf die bestehenden Probleme, nun auch die Welt-

ordnung in einer derart ineffizienten Art und Weise zu organisieren.

Statt dessen müssen sowohl nationale als auch internationale Ordnungen sich an folgenden Richtpunkten, Idealen im Sinne Kants, orientieren: Freiheit, der ich auch die Wahrung der Menschenrechte zuordne, Demokratie und eine auf sozialen Ausgleich bedachte Marktwirtschaft. Dabei dürfen wir die Illusion einer vollkommenen, gerechten Ordnung der Welt nicht nähren, wir können uns dieser angestrebten Weltordnung immer nur annähern, sie aber niemals erreichen. Überdies wäre dieses Streben nach Vollkommenheit ein geradezu unbiblischer Gedanke; Vollkommenheit liegt nicht in unseren menschlichen Möglichkeiten; sie bleibt das Werk Gottes. Die Welt wird immer erlösungsbedürftig bleiben; wir können das Reich Gottes nicht auf Erden errichten. Diese Selbstbescheidung enthebt uns keiner Anstrengung, zu der wir selbst fähig sind. Die uns gegebene Fähigkeit begründet unsere Pflicht und unsere Verantwortung.

Anm.: Dr. Volkmar Köhler, MdB, hat diesen von der Redaktion gekürzten Vortrag vor der Sommerakademie der Konrad-Adenauer-Stiftung gehalten.

Zum Selbstverständnis einer christlich-demokratischen Partei in einer säkularisierten Gesellschaft

Die Bedeutung des „C“ als Grundlage politischen Handelns

Albrecht Martin

Eine christlich-demokratische Partei ist nicht nur durch solche Überzeugungen und Ansichten geprägt, die im christlichen Glauben ihre Wurzeln haben, sondern auch durch die zeitgeschichtlichen Voraussetzungen, unter denen sie gegründet wurde, unter denen sie ihr Programm entwarf und unter denen sie dieses Programm in praktische Politik umzusetzen sich bemüht. Bei einer christlich-demokratischen Partei ist diese Abhängigkeit wesentlich stärker als bei anderen weltanschaulich begründeten Parteien, bei denen die Gefahr einer Ideologisierung besteht mit den negativen Folgen einer Unfähigkeit, das unter den gegebenen Bedingungen Notwendige und Mögliche praktisch zu tun.

Weltanschauungen neigen dazu, ein ganz bestimmtes Bild von der künftigen Welt zu entwerfen, das dann durch politisches Handeln – gegebenenfalls um jeden Preis – verwirklicht werden muß. Da für den Christen die Zukunft nicht verfügbar ist, ergibt sich für sein politisches Handeln eine große Freiheit in der Berücksichtigung der gegebenen und in der Gestaltung der künftigen Verhältnisse.

In Deutschland waren 1945 die Voraussetzungen für die Gründung einer christlich-demokratischen Partei außergewöhnlich günstig. Die Erfahrun-

gen mit dem Nationalsozialismus und die Katastrophe des Zusammenbruches machte eine allgemeine christliche Grundlage für politisches Handeln auch für solche Menschen anziehend, die keine eigentliche Glaubensbindung an das Evangelium hatten. Man suchte die Rechtssicherheit, das soziale Engagement und die Ehrbarkeit, kurz eine Bürgerlichkeit, wie sie vor allem vor dem ersten Weltkrieg bestanden hatte und das Ergebnis einer besonderen Nähe des christlichen Glaubens zur modernen Welt gewesen war (Tradition des Kulturprotestantismus). Daß bei den führenden Repräsentanten

eine tiefe Gläubigkeit auch ganz selbstverständlich sichtbar war, erhöhte die Glaubwürdigkeit des politischen Programms gerade bei solchen Menschen, die dem Evangelium distanziert gegenüberstanden. Betont antichristliche Einstellungen waren durch den Nationalsozialismus disqualifiziert.

Auf der anderen Seite war die Anknüpfung an Werte einer einigermaßen intakten Bürgerlichkeit noch gut möglich, man war davon nur durch drei Jahrzehnte getrennt! Volk und Vaterland, die bürgerliche Ordnung, die Sekundärtugenden waren unbestritten, ja sie gewannen in der Abkehr vom Nationalsozialismus und dem durch ihn verursachten Mißbrauch neue Bedeutung. Die gemeinsam erlittene Not ließ die Mitglieder der beiden Kirchen näher zusammenrücken, als es dem Stand der Theologie und dem kirchenrechtlichen Verhältnis entsprach. Entscheidende ökumenische Impulse gingen von der Gründung der

Union aus. Das alles erleichterte die Aufbauarbeit nach 1945, während sich die weltanschaulich gebundenen Parteien wegen ihrer ideologischen Programme selbst im Wege standen.

Fragt man nach dem eigentlichen proprium der Unionsparteien, soweit es nicht einem gut bürgerlichen Denken entsprach, so gerät man auch für die Gründungsphase schon in Schwierigkeiten. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß dieses bürgerliche Denken einen erheblichen Teil der christlich geprägten Geistesgeschichte in sich birgt. Man erkennt dieses proprium naturgemäß weniger in ausformulierten Programmen als in bestimmten Konzeptionen und Entscheidungen zur Regelung der verschiedenen politischen Problemfelder:

Man wird hier zu allererst die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft nennen. Sie geht aus von einem Menschenbild, das sich von jeder Idealisierung fernhält. Sie ermutigt und belohnt Einsatzbereitschaft, Fleiß, aber auch Durchsetzungsvermögen und Erwerbstrieb, und sie schützt gleichzeitig durch entsprechende Rahmenbedingungen die Schwächeren. Sie schützt den Schwachen, ohne ihn aus der Verantwortung für die Sicherung seines eigenen Unterhaltes zu entlassen. Sie appelliert aber ebenso an die soziale Verantwortung des Stärkeren und an die Verantwortung aller für die Sicherung der Zukunft durch entsprechende Investitionen. Eine Forderung wie die jüngst geäußerte, die Teilung Deutschlands durch Teilen zu überwinden, stand nicht hinter der Konzeption, mit der das Elend nach 1945 überwunden wurde! Ein sittliches Gebot kann nicht unmittelbar politisches Programm sein!

Man muß weiter an das **Prinzip der Subsidiarität** denken: Es enthält den gewollten Verzicht auf die Allzuständigkeit, aber damit auch auf die Allverantwortlichkeit des Staates. Es setzt aber auch die Bereitschaft der gesellschaftlichen Kräfte voraus, Verantwortung für die Lösung von Problemen zu übernehmen; es setzt die Bereitschaft voraus, unterschiedliche Lösungen je nach eigener Bewertung zu akzeptieren: also den weniger luxuriös ausgestatteten Kindergarten wegen der Persönlichkeit der Kinderschwester. Subsidiarität will Verschiedenheit um der Freiheit willen!

Man muß an die Außenpolitik damals denken: Sie sucht schrittweise unser Volk in den Kreis der Völker

zurückzuführen, in Anerkennung der Schuld, aber unter Wahrung der Würde. Nationale Selbstbestimmung ist eine Frage der Menschenwürde! Sie rechnet mit der Friedlosigkeit der Welt und dient dem Frieden auch durch Verteidigungsbereitschaft, aber eben nicht durch Hinnahme der Friedensgefährdung. Man muß an Rechtspolitik und Bildungspolitik denken. Aus ihrem Wissen um die Verantwortlichkeit des Menschen nennt sie Unrecht ein Unrecht und straft es auch; die Macht der Verhältnisse kann den Einzelnen im Einzelfall entlasten, aber nie entschuldigen. In der Bildungspolitik gewährt sie den individuellen Gaben Entfaltungsmöglichkeit und berücksichtigt gleichzeitig die gesellschaftlichen Notwendigkeiten.

Orientierung am christlichen Menschenbild

In all diesen Bereichen wird die Orientierung am christlichen Menschenbild sichtbar, wie ein Vergleich mit den politischen Alternativen deutlich macht.

Das Selbstverständnis einer christlich-demokratischen Partei wird fraglich, wenn von hinreichend starken Gruppen von Christen oder von wichtigen Strömungen innerhalb der Kirchen dieser Partei bestritten wird, daß ihre Politik eine christliche Grundlage habe. Vor dieser Tatsache stehen die Unionsparteien, übrigens von Anfang an, nur daß diese Kritik sich nicht hinreichend politisch auswirkte, um die Union in Frage zu stellen. Die Kritik hat zwei Stoßrichtungen, einmal mehr von katholischer, einmal mehr von protestantischer Seite, einmal mehr den sozialen, einmal mehr den außenpolitischen Sektor betreffend. In beiden Fällen handelt es sich um Tendenzen, die von Anfang an im Christentum angelegt sind.

Man kann in der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft mit ihrer Einbeziehung des Wettbewerbs, des Erwerbstriebes, des Durchsetzungsvermögens einen Verstoß gegen das Liebesgebot sehen. Christliche Ethik kennt zwar eine Ethik der Arbeit, ist aber mehr an einer Verteilung des Ertrages als an der Gewinnerzielung interessiert. Sie betont heute sogar die Gefahr eines sich an die Arbeit Verlierens, wenn diese Arbeit dem Erwerb und nicht der unmittelbaren Hilfe für den Nächsten dient. Von dieser Auffassung aus kann die Soziale Markt-



Staatsminister a.D. Albrecht Martin: An das Prinzip der Subsidiarität denken!

wirtschaft nie dem christlichen G^lot entsprechen.

Seit der Ablehnung der Gründung der Bundesrepublik durch Niemöller und seit Heinemanns Kampf gegen einen deutschen Verteidigungsbeitrag gibt es eine starke evangelische Strömung, die sich grundsätzlich gegen Grundlagen der Politik der Union richtet. Der Verteidigungsbeitrag, die Stationierung von Atomwaffen, die Nachrüstung erschienen als Ungehorsam gegen das Friedensgebot Christi, die Verweigerung des Wehrdienstes als das deutlichere Zeichen des Gehorsams. Seit dem Kirchentag von Düsseldorf hat sich diese Haltung verbunden mit der Forderung nach einem Konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Für die Union ist das besonders problematisch, weil sie gegen diese stark eschatologisch orientierten Forderungen mit ihrer Pragmatik nicht ankommt, selbst wenn sie praktisch Erfolg hat. Außerdem hat die Bewegung des Konziliaren Prozesses einen entscheidenden Beitrag zum Sturz des SED-Regimes geleistet und ist in der Jugend der neuen Länder stark verankert. Es ist schwer zu vermitteln, daß die Forderung „Schwerter zu Pflugscharen“ unter der SED-Herrschaft eine andere Bedeutung hat als unter den Bedingungen eines demokratischen Staates.

Eine christlich-demokratische Partei wird in ihrem Selbstverständnis geprüft, wenn ihr der politische Erfolg versagt bleibt, weil die geistigen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Richtungen gehen, die eine Überein-

stimmung mit den Grundlagen der Partei erschweren oder unmöglich machen. Wenn die Union in ihrem Grundsatzprogramm die Orientierung am christlichen Menschenbild feststellt, so verstehen die Menschen darunter etwas anderes, als im Programm damit – jedenfalls ursprünglich – gemeint war.

Der Begriff des Christlichen ist völlig säkularisiert und bezeichnet ein allgemeines Wohlbefinden, das dem Einzelnen möglichst alle Belastungen erspart. Für dieses allgemeine Wohlbefinden wird der Staat verantwortlich gemacht, der damit natürlich restlos überfordert ist – was noch viel schlimmer ist – auf den Weg einer immer umfassender werdenden Totalität gedrängt wird. Diese Totalität erscheint als Vollendung der Liebe, weil **W**ünsche erfüllt, ohne an die langfristigen Folgen zu denken.

Verhältnis Kirche – Politik

Man fordert Ordnungen, die vom Einzelschicksal ausgehen, während das verantwortliche Denken von der Ordnung ausgeht und dann Schäden zu lindern versucht. Ein typisches Beispiel ist die Debatte zum § 218: es gibt ohne Frage Fälle untragbarer Belastung durch Schwangerschaft; die Vermeidung der Schwangerschaft ist unzumutbar, weil das der Selbstverwirklichung entgegensteht; die Gesellschaft ist nicht willens und auch gar nicht in der Lage, alle Folgen von Schwangerschaft und Entbindung abzuwehren; also wird die Abtreibung **g**estattet und das erscheint dann als Tat der Barmherzigkeit und als logische Konsequenz des angeblichen oder wirklichen Versagens der Gesellschaft. Ja, man sieht in solchem Verhalten ein Zeichen für Wahrhaftigkeit, weil man sich nicht in eine strenge Ordnung flüchtet, um die Lieblosigkeit im konkreten Einzelfall zu verdecken.

Was hier am spektakulären Einzelfall dargestellt ist, läßt sich in großen Teilen der Gesellschafts- und Sozialpolitik, auch in der Rechtspolitik zeigen. Sogar die Außenpolitik hat daran Anteil: sie wird zur Weltinnenpolitik, die dann dem eben genannten Muster zu folgen hat. Wird das Bild der Harmonie durch Ausbrüche von Haß und Fanatismus gestört, so ist man hilflos und rettet sich in eine als Prinzipientreue verstandene Verweigerung, wie während des Golfkrieges sichtbar wurde.

Teile der evangelischen Kirche liegen ganz auf diesem Kurs.

Die Union hat dem in erheblichem Umfang Vorschub geleistet, indem sie – unter Druck der sozialliberalen Koalition – aus taktischen Gründen die „weichen Themen“ in den Vordergrund schob.

Für das Selbstverständnis einer christlich-demokratischen Partei ist bedenklich, daß die Politik immer mehr in die Lage kommt, letzte Werte verwirklichen zu sollen. Die Kategorien richtig und falsch, vorteilhaft und schädlich, Interessenpolitik und Einflußnahme werden ersetzt durch gerecht und ungerecht, wahrhaftig und verlogen, Friedenspolitik und Machstreben. Das hat zur Folge, daß jede politische Entscheidung sich unmittelbar an letzten sittlichen Normen, die aber ganz subjektiv interpretiert werden, messen lassen muß. Eine Erhöhung der Postgebühren ist richtig oder falsch, nötig oder nicht, weitsichtig oder nicht, aber nur im äußersten Extremfall ungerecht. Natürlich müssen letzte sittliche Normen hinter jeder Entscheidung stehen; wer sie aber in zu kleine Münzen wechselt, der macht sie wertlos und gibt die Ethik in die Hand des sich autonom dünkenden Menschen.

Kirche als Weltfriedensbewegung

Wenn all das wenigstens in Ansätzen richtig ist, dann ist Säkularisierung nicht die mehr oder weniger vollständige Lösung aus kirchlichen Bindungen, sondern eine auch die Kirche immer stärker umfassende konsequente Verdiesseitigung: aus der Kirche, die den gekreuzigten und auferstandenen Herrn verkündigt, wird eine Weltfriedensbewegung; aus der Theologie wird Anthropologie, aus der Dogmatik Soziologie. Nicht, als ob das alles falsch wäre: der Gekreuzigte will den Frieden, auch den Frieden zwischen den Völkern; die Lehre von Gott spricht intensiv auch vom Menschen, und die Entfaltung der Lehre zielt auch auf die Gemeinschaft. Aber wenn die Verdiesseitigung ihren Bezug zum Unverfügbaren verliert, dann wird Theologie politisiert und die Politik wird theologisiert. Das jedoch ist für die Demokratie tödlich!

Die aufgezeigten Irritationen in Politik und Kirche sind Wesensmerkmale von Welt und von Kirche in der Welt. Es gehört zum Wesen der gefallenen Welt, daß sie ihre Vorläufigkeit nicht

anerkennen will, und es ist die Versuchung der Kirche, sich an die Welt zu verlieren. Eine christlich-demokratische Partei hat die Aufgabe, aber auch die Chance, demonstrativ die Spannungen auszuhalten, die in der Erfahrung der Gebrochenheit der Welt und dem Wissen um die Erlösung vorgegeben ist.

Das ist höchst praktische Politik, die von dieser Einsicht ausgeht! Um dieser praktischen Politik willen haben die Unionsparteien mit der Kirche heute das Gespräch zu führen und sie auf die theologischen Folgen der Verdiesseitigung ihrer Predigt aufmerksam zu machen. Warum sagen die Kirchen so selten, welche theologisch begründeten Vorbehalte sie gegen eine Novelle zum Kindergartengesetz oder zum Schulgesetz haben? Der Standpunkt der Partei, die dann die praktischen Konsequenzen zu verwirklichen hat, wird zusätzliche Gesichtspunkte einbringen. Aber wenn die beiderseitigen Standpunkte geklärt werden im jeweiligen Wissen um die besondere Akzentuierung der anderen Seite, gewinnen Kirche und Politik an Glaubwürdigkeit.

Anfragen an die Kirche stellen

Die Union muß die Kirche warnen vor einer Entwicklung, die die Kirche ins Ghetto treibt. Es schade dem Auftrag von Kirche und Staat, wenn der Begriff „Kulturprotestantismus“ zum Schimpfwort wurde. **Die Union muß die Kirche bitten, ihr bei der Klärung bestimmter Fragen zu helfen.** Ist Mitmenschlichkeit wirklich gleichbedeutend mit Nächstenliebe? Läßt nicht vielmehr der erste Begriff persönliche Nähe und Verantwortung vermissen?

Oder kurz gesagt: Die Union muß im Gespräch mit den Kirchen klären, wie die Verantwortung für die Welt wahrgenommen werden kann in einer Welt, die nicht gegen das Evangelium ist, sondern der es gleichgültig ist, die also keine vom Evangelium her begründete Normen anerkennt. Das Gespräch ist nur dann möglich, wenn Kirche sich nicht ausschließlich in der Situation der die Parusie erwartenden Urgemeinde sieht.

Die Union muß den Zusammenhang von wichtigen politischen Entscheidungen in ihren programmatischen Grundlagen deutlich machen. Die Parole „Marx ist tot, und Christus lebt“ genügt nicht. Eine Diskussion grundsätzlich führen, heißt nicht, sie akademisch zu führen; aber Pragmatismus

allein genügt nicht. Viele Mitglieder der christlich-demokratischen Parteien haben ihre Grundlagen – so sie denn welche haben – nicht zu erkennen gegeben. Wirtschaftspolitik ist für viele Markt – sozial „abgefedert“, Sozialpolitik ist Umverteilung – mit Elementen des Wettbewerbs. Man muß deutlich machen, daß wir gegen Anonymität und gegen die Professionalisierung aller Betreuung, ja aller menschlichen Beziehungen stehen. Bisher hat die Union alle großen Auseinandersetzungen gewonnen, wenn sie grundsätzlich geführt wurden: die Frage der Sozialen Marktwirtschaft, die dynamische Rente, die Westinte-

gration, die Nachrüstung, aber auch die Bildungsdebatte der 70er Jahre (Erziehung als „Befreiung aus elterlicher Fremdbestimmung“ als Programm des politischen Gegners).

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten sind Folgen der Tatsache, daß wichtige Grundlagen ungeklärt geblieben sind: Was ist für uns die Nation? Welchen Wert hat die Einheit? Was ist es um die Spannung zwischen kultureller Identität und multikultureller Gesellschaft? Was bedeutet es – für das eigene politische Handeln! – daß Krieg nach Gottes Willen nicht sein soll, daß aber Krieg ist? Die Hilflosigkeit im Golfkrieg hat hier ihren Grund!

Die Union muß klarmachen, daß nach ihrer Überzeugung das Denken und Glauben des Menschen die gesellschaftlichen und politischen Strukturen und Entscheidungen bestimmt – und nicht umgekehrt. Die Menschen merken sehr schnell, daß von dieser Grundlage aus nicht nur die Würde respektiert wird, sondern sich auch eine erfolgreiche und für den Einzelnen vorteilhafte Politik machen läßt.

Anm.: Dieser Beitrag erscheint in der Politischen Meinung und wurde uns vom Autor zur Verfügung gestellt.

Schritte zur evangelischen Soziallehre?

Klaus Lefringhausen

Wirtschaftsethik bekommt Konjunktur – auch in der Kirche. Jüngstes Indiz ist die EKD-Denkschrift mit dem Langtitel: „Gemeinwohl und Eigennutz – Wirtschaftliches Handeln in Verantwortung für die Zukunft.“ (Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn)

Ein wenig spät, mag sich mancher sagen, der verwundert und verärgert die Fremdheit zwischen Kirche und Wirtschaft in einer der größten Industrienationen und vor allem die aggressive ordnungspolitische Ratlosigkeit der Kirche zur Kenntnis nahm. Und nun, nachdem planwirtschaftliche Alternativen scheiterten und das Bekenntnis zu einem leistungs- und sozialorientierten Wirtschaftsstil in aller Munde ist, nimmt sich eine solche Denkschrift reichlich nachgeschoben aus.

Dennoch: Sie kam nicht zu spät, sondern genau rechtzeitig, denn gerade als Ordnung ohne grundsätzliche Alternative ist die Marktwirtschaft der Gefahr eines reformunfähigen Triumphalismus ausgesetzt. Außerdem lassen sich die eigentlichen Herausforderungen schon lange nicht mehr in die Kategorien von rechts und links oder Plan- und Marktwirtschaft einordnen. Sie verhalten sich quer zu den bisherigen Partei-Fronten, denn es geht um die ökologische Zukunft, um die Machtkontrolle und um das gefährliche Wohlstandsgefälle von West nach Ost und von Nord nach Süd.

Auch aus anderem Grunde kam die Denkschrift rechtzeitig. Zur inneren Einheit der Deutschen gehört nämlich, das Gespräch über den praktizierten Wirtschaftsstil nicht vom Lehnstuhl derer aus zu führen, die immer schon



Dr. Klaus Lefringhausen: Es bedarf des Zusammenspiels zwischen Markt und Politik.

Recht hatten, sondern ihn mit den fremden und oft auch befremdeten Augen derer sehen zu lernen, die von anderen geschichtlichen Erfahrungen herkommen.

So zeichnet sich die Denkschrift dadurch aus, daß sie andere Erfahrungen, Skepsis, Widersprüche und künftige Herausforderungen nicht verharmlost, sondern sie redlich aufarbeitet. Und wenn der Ratsvorsitzende Bischof Martin Kruse ihr im Vorwort das Gewicht eines „Beitrags auf dem

Weg zu einer evangelischen Soziallehre“ gibt, dann hat er ihren Stellenwert treffend umschrieben.

Die Autoren sind nicht deduktiv vorgegangen, indem sie in einem Werthimmel griffen und an ihm die Wirklichkeit maßen, sondern sie haben die induktive Methode gewählt. Zunächst legten sie die zu lösenden Probleme auf den Tisch, dann haben sie die Problemlöser-Kapazität der Sozialen Marktwirtschaft an diesen Aufgaben gemessen, und schließlich haben sie versucht, mit theologischen Denk- und Richtungsimpulsen einige Weichen neu zu stellen.

Zu Beginn dieses methodischen Vorgehens rückt die Denkschrift vom unfruchtbaren Systemvergleich zwischen Sozialismus und Kapitalismus ab, weil diese Alternativen immer schon wirklichkeitsfremdem Bilderbuch-Denken entsprachen. Statt dessen stellt sie die Frage, ob die Soziale Marktwirtschaft leistet, was von ihr erwartet wird – ökologisch, sozial, im Nord-Süd-Ausgleich und in der demokratieverträglichen Machtkontrolle.

Dabei räumen sie mit einer Illusion auf, die sich Zukunftsoptimisten gerne zurechtlegen, daß nämlich die Folgen der Technik immer auch durch Technik zu beseitigen sind. Sie hält dagegen: „Die heute bereits zu verzeichnenden ökologischen Schäden technisch-industrieller Entwicklungen lassen erwarten, daß zur Schadensbegrenzung technische Innovationen allein nicht genügen werden. So läßt sich die Zahl der Kraftfahrzeuge – und

seien sie technisch noch so perfekt – nicht fortlaufend vermehren. Die Grenzen unregulierten quantitativen Wachstums sind heute schon erreicht, ja überschritten.“

Doch was ist zu tun? Der Markt allein kann die Weichen nicht neu stellen. Es bedarf des Zusammenspiels zwischen Markt und Politik, die die Wirtschaft dadurch lenkt, daß sie die Rahmenbedingungen des Marktes den neuen Erfordernissen anpaßt. „Aus sich heraus wäre die Marktwirtschaft weder ökologisch, noch mit der Forderung sozialer Gerechtigkeit, noch mit der demokratischen Ausübung und Kontrolle von Macht verträglich.“

Integrations- und Kompromißmodell

Ek Dabei halten die Autoren der Marktwirtschaft zugute, daß sie außergewöhnlich lernfähig ist und neue Aufgaben vergleichsweise schnell umstellen kann. Das gelingt umso besser, je stärker am Grundkonsens für eine marktwirtschaftliche Ordnung festgehalten wird. Deshalb wehren sich die Autoren dagegen, daß die Marktwirtschaft parteipolitisch vereinnahmt wird, denn „Soziale Marktwirtschaft ist ... kein geschlossenes ideologisches System. Sie ist offen für die Beteiligung unterschiedlicher Orientierungen und vereinigt in sich Traditionselemente des europäischen Liberalismus, des europäischen Sozialismus und der ökumenischen christlich-sozialen Bewegung. Deswegen hat sich die Soziale Marktwirtschaft als ein **Integrations- und Kompromißmodell für wirtschaftliches Handeln**, politische Verantwortung und soziales Engagement bewährt.“

Dieses soziale Engagement wurde bisher im Bereich der Kirche stets angezweifelt, weil Eigennutz als Kardinaltugend der Marktkräfte angesehen wird und der Nächstenliebe zu widersprechen scheint. Doch allen Gerüchten zum Trotz ist, so die EKD, „wirtschaftlicher Konkurrenzkampf keineswegs ein sozialdarwinistischer Dschungel, in dem sich der Brutalste durchsetzt, sondern ... ein System sozialer Kontrolle, in dem Konflikt und Kooperation, Selbsterhaltungsstreben und Mitgefühl mit dem anderen, Rivalität und Sympathie vereinbar sind.“

Allerdings muß das Funktionieren des Marktes durch staatlich gesetzte und kontrollierte Rahmenbedingun-

gen wie Recht, stabile Währung und Machtkontrolle gewährleistet sein, denn „der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft beruht auf Voraussetzungen, die die ökonomischen Mechanismen des Marktes selbst nicht hervorbringen vermögen.“ Damit rückt die Denkschrift von der liberalistischen Idee des Nachwächterstaates ab, der nur in besonderen Ausnahmen in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen darf.

Im Kapitel über biblische Richtungsimpulse behandelt die Denkschrift die wesentlichen theologischen Vorbehalte, die in der Kirche gegenüber der Wirtschaft diskutiert werden. Die Stichworte: Haushalterschaft im Lebensraum der Erde, Feiertag und Arbeit, Armut und Reichtum, Eigentum, Nächstenliebe, Gerechtigkeit und Gemeinwohl sowie Übermacht des Ökonomischen.

Dabei warnen die Verfasser davor, die Wirtschaft mit utopischen Maßstäben „der Vollkommenheit“ zu messen, um so billig zu negativen Urteilen zu kommen. Entgegen manch fundamentalistischem Negativ-Urteil halten sie die Soziale Marktwirtschaft der Verbesserung durchaus für würdig, bedürftig und fähig.

Analyse der Umbruchsituation

Im Anhang zwar, doch mit dem Gewicht einer 'Denkschrift in der Denkschrift' ist aus ostdeutscher Feder eine Analyse der Umbruchsituation östlich der Elbe angefügt. Es empfinden sich, so heißt es da, „viele Ostdeutsche stellvertretend für ganz Deutschland als Verlierer des Weltkrieges, die jetzt noch einmal von vorn anfangen sollen.“

Die Autoren aus den neuen Bundesländern fordern, daß das Soziale der Marktwirtschaft sich auch in ihrer Übergangsperiode erweist. Und dann artikuliert sich der Verdacht, der immer wieder zum Unbehagen am westlichen Wirtschaftsmodell führt: „Auf keinen Fall dürfen Funktionen und Abläufe in der Wirtschaft zu nicht mehr hinterfragbaren Sachzwängen erklärt werden.“ Dieser Vorbehalt läßt sich nicht wegargumentieren, sondern er erfordert den intensiven und vom Vertrauen getragenen deutsch-deutschen Erfahrungsaustausch. Deshalb die Bemerkung der ostdeutschen Denkschriften-Partner: „Es stimmt, daß Teilung auch durch Teilen überwunden werden muß. Aber vor dem Teilen steht das **Mitteilen**.“

Nun liegt die Denkschrift vor. Roma locuta, causa finita? Das entspräche nicht dem Sinn evangelischer Denkschriften, die nichts festschreiben, sondern Denkipulse weitergeben wollen. Deshalb wäre eine Fortsetzung angebracht.

Gemeinwohl und Eigennutz

Wirtschaftliches Handeln in Verantwortung für die Zukunft

**Eine Denkschrift
der Evangelischen Kirche in Deutschland**



Nachzuholen wären zum Beispiel Antworten auf die Frage, wie der Industrialisierungsschub in Osteuropa angelegt sein muß, wenn er die Dritte Welt nicht von europäischen Märkten verdrängen will. Oder, was die Bundesregierung in die UN-Umweltkonferenz im Juni in Rio oder im Juli in den Münchener Weltwirtschaftsgipfel einbringen könnte.

Ob ein Binnenmarkt dem Bedürfnis nach erlebbarem Regionalismus entspricht, welchen politischen und ekleziologischen Stellenwert die engagierten Gruppen besitzen, die bereits Jahrzehnte vor der Denkschrift die neuralgischen Themen entdeckt haben, und ob zwischen staatlicher Wirtschaftspolitik und der Unternehmenspolitik noch die wirtschaftsethische Entscheidungsebene der Wirtschaftsverbände eingezogen werden muß.

Da die Wirtschaftsdenkschrift vor allem die volkswirtschaftliche und weniger die betriebswirtschaftliche Entscheidungsebene angesprochen hat, wäre bei künftigen Aussagen eine Akzentverlagerung angebracht. Diese Denkschrift ist also ein erster Schritt und ein wichtiger zugleich.

Anm.:

Dr. Klaus Lefringhausen ist Bonner Leiter des Deutschen Allgemeinen Sonntagsblattes.

Engpaßfaktor Umwelt

Gerhard Voss

Die Themenstellung erweckt zunächst einmal Assoziationen zu den düsteren Prognosen über die Zukunft unserer Umwelt. Warnend wird uns ja täglich aufgezeigt, wie stark unsere natürlichen Lebensgrundlagen, die Luft, das Wasser und der Boden, durch die industrielle Zivilisation belastet sind. Vielfach scheinen die Belastungsgrenzen der Naturhaushalte sogar überschritten zu sein, wie die großflächigen Waldschäden in ganz Europa, die erstickenden Weltmeere oder die drohenden Veränderungen des Weltklimas zeigen. Die Natur als dritter Produktionsfaktor neben Arbeit und Kapital scheint in der Tat immer mehr zum Engpaßfaktor der wirtschaftlichen Weiterentwicklung zu werden. Umweltschutz wird so zur Überlebensfrage der Menschheit.

Natürlich haben wir – vielleicht zum Glück – noch keine letzten Gewißheiten, wie es mit unserem Raumschiff Erde weitergehen wird. Oft stehen die warnenden Prognosen über den ökologischen Kollaps auf einem sehr schwachen Informationsgerüst. Selbst über die Ursachen der sichtbaren Waldschäden streiten sich noch die Wissenschaftler. Noch ungewisser ist, wie sich das Klima auf der Erde tatsächlich im nächsten Jahrhundert entwickeln wird. Auch die verästelten Klimamodelle lassen noch viele Fragen offen. Kurz: Die ökologische Zukunft läßt sich nicht genau voraussagen und umweltpolitische Entscheidungen müssen, wie in anderen Politikbereichen auch, unter Unsicherheit getroffen werden.

Verantwortliches Handeln im Umweltschutz

Politiker und sicherlich auch Wirtschaftsführer neigen dazu, Entscheidungen lieber zu vertagen, wenn die Datenlage unübersichtlich ist. Das ist legitim und richtig, insbesondere dann, wenn sich das Datengerüst für ausstehende Entscheidungen noch verbessern läßt. Wie sieht das nun aber auf dem Gebiet des Umweltschutzes aus? Sicher, die Umweltforschung muß weiter intensiviert werden. Allerdings kann auf dem Felde der Ökologie, auch durch noch soviel Forschung, die Informationsgrundlage oft nur graduell verbessert werden. Das gilt nicht zuletzt gerade auch für die besonders bedrängenden globalen Problemlagen. Auf das Beispiel Waldschäden habe ich schon hingewiesen. Die sehr umfangreiche Waldschadensforschung hat keineswegs viel mehr Klarheit in das Phänomen der großflächigen Walderkrankungen gebracht. Signifikant angestiegen ist dagegen die Zahl der Hypothesen über die Ursachen der

Walderkrankungen. Ähnlich liegen die Dinge bei der Klimaforschung.

Verantwortliches Handeln im Umweltschutz kann deshalb nicht heißen, nach immer neuen Erkenntnissen zu



verlangen und anstehende Entscheidungen zu vertagen. Wenn wir es mit der Verantwortung für die Schöpfung ernst meinen, dann sollten wir uns über die Tendenz der gängigen Diagnosen und Prognosen im Umweltbereich gar nicht streiten. Das gebietet das Prinzip Verantwortung, wie es Hans Jonas formuliert hat. Seine Faustregel für die Behandlung der Ungewißheit über die ökologischen Entwicklungen: In dubio pro malo – wenn im Zweifel, gib der schlimmeren Prognose vor der besseren Gehör.

Die Aufforderung, die vielen pessimistischen Prognosen über die Zukunft unserer Umwelt ernst zu nehmen, soll uns, wenn man das Prinzip

Verantwortung im Umweltschutz richtig interpretiert, aber nicht auf den modischen Umwelt-Pessimismus festnageln. Im Gegenteil: Das Prüfen pessimistischer Prognosen soll das Umweltbewußtsein schärfen, um Wege aus der Umweltkrise finden zu können.

Vorsorgenden Umweltschutz praktizieren

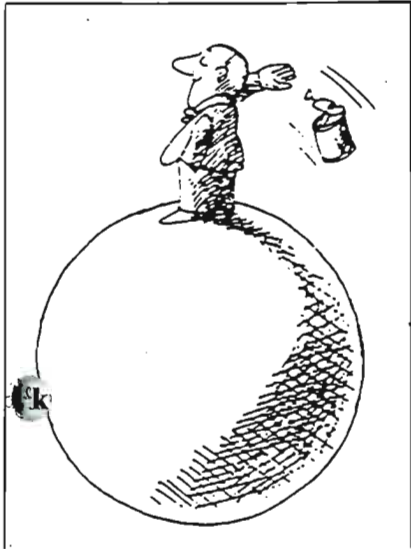
Wir sind in der Bundesrepublik Deutschland in der Umweltpolitik, gerade auch weil wir die Signale der belasteten Natur ernst genommen haben, ein gutes Stück vorangekommen. Entscheiden bei unvollständiger Information über ökologische Zusammenhänge heißt bei uns: vorsorgender Umweltschutz. Auch jenseits eindeutig Ursache-Wirkungsketten werden Entscheidungen getroffen, die der besseren Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen dienen sollen. Wir räumen den natürlichen Lebensgrundlagen mit zum Teil sehr weitreichenden Umweltschutzmaßnahmen sozusagen ein „Eigenrecht“ ein, wenn auch letztlich mit einem durchaus egoistischen, anthropozentrischen Motiv: „Nur wenn wir die Natur um ihrer selbst willen schützen, wird sie uns Menschen erlauben, zu überleben.“ Diese Feststellung von Richard von Weizsäcker trifft wohl den Kern unserer Umweltverantwortung.

Mein Bekenntnis zum vorsorgenden Umweltschutz, der heute ja auch in der Wirtschaft bereits praktiziert wird, darf aber nicht zu einfachen Lösungen verleiten. Patentrezepte im Umweltschutz sind zwar sehr gefragt, sie gibt es aber nicht. Radikale Umweltprogramme, die der Ökologie prinzipiell Vorrang vor der Ökonomie einräumen und damit den Umweltschutz nicht neben, sondern vor die Lösung sozialer Probleme stellen, müssen an der sozialen Wirklichkeit scheitern.

Der Umweltschutz muß nicht nur ökologisch zweckmäßig sein, sondern muß auch sozial begründbar bleiben. Das heißt, nicht in jedem Falle kann die Ökologie vor der Ökonomie rangieren. Allerdings: Leben, Gesundheit und Sicherheit müssen immer Vorrang vor der Wirtschaftlichkeit haben. Die modernen Umwelt- und Sicherheitstechniken, die wir gerade auch in der Industrie installiert haben, folgen dieser Priorität.

Ein zwischen der Ökologie und der Ökonomie abwägender Umweltschutz baut auf drei Eckpfeilern auf, und zwar auf

- dem technischen Fortschritt,
- der Marktwirtschaft und
- dem Wirtschaftswachstum.



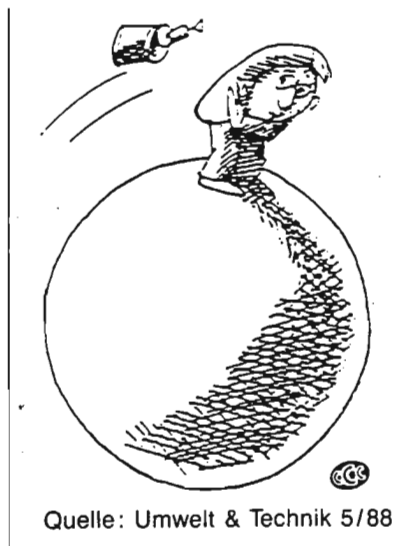
Die Lösung der Umweltprobleme kann nicht gegen, sondern nur mit der Technik erreicht werden. Beispiele für umweltschonende Techniken gibt es genug: Rauchgasentschwefelungsanlagen zur Luftreinhaltung, Katalysatoren zur Reinigung von Autoabgasen oder Kläranlagen zur Säuberung von Abwässern. Diese eher „nachsorgenden“ Umwelttechniken werden heute mehr und mehr ergänzt durch vorsorgende Techniken, die von vorne herein Umweltbelastungen vermeiden. Die Zukunft liegt beim „integrierten“ Umweltschutz.

Die Voraussetzungen für das Auffinden technischer Lösungswege für den Umweltschutz sind am ehesten in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung mit der sozialen Marktwirtschaft gegeben. Marktwirtschaftlicher Umweltschutz heißt aber nicht, daß sich der Staat prinzipiell aus dem Umweltschutz heraushalten und alles den Marktprozessen überlassen sollte. Saubere Luft, klares Wasser und nutzbare Böden sind öffentliche Güter, für die der Staat auch in der Marktwirtschaft sozusagen ein natürliches „Sorgerecht“ hat. Über die anzustrebende Umweltqualität ergeben sich in vielen Fällen aus dem Marktgeschehen selbst gar keine Anhaltspunkte. Es ist deshalb unbestritten, daß auch in der Marktwirtschaft der Staat verbindliche Schutzziele formulieren und in bestimmten Fällen auch Gebote und Verbote erlassen muß.

Das Ergebnis des technischen Fortschritts und marktwirtschaftlicher Entwicklungsprozesse ist das Wirtschaftswachstum, das mit den ökologischen Akzenten, die wir setzen, durchaus das Prädikat „qualitativ“ verdient. Das Wirtschaftswachstum ist zugleich aber auch der Ausgangspunkt durchgreifender Umweltschutzmaßnahmen. Denn es bietet den notwendigen wirtschaftlichen Spielraum für die Umweltschutzinvestitionen.

Durchgreifender Umweltschutz hat aber auch seinen Preis. Umweltschutz gibt es nicht zum Nulltarif. Wir konnten in der Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund solider Wachstumsraten auch die gesamtwirtschaftlichen Ausgaben für den Umweltschutz spürbar erhöhen. Sie betragen nach den neuesten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes 1988 insgesamt 35,7 Mrd. DM, das waren **1,7 Prozent des Sozialproduktes**. Zum Vergleich: Während der 80er Jahre haben die OECD-Länder im Durchschnitt jährlich zwischen 0,8 und 1,5 Prozent ihres Sozialproduktes in den Umweltschutz gelenkt.

In der Bundesrepublik Deutschland sind vor allem die industriellen Umweltschutzausgaben schnell gewachsen. 1990 hat die Industrie insgesamt 21,2 Mrd. DM für den Umweltschutz aufgewendet. Zwischen 1980 und 1990



Quelle: Umwelt & Technik 5/88

sind damit die Umweltschutzausgaben der Wirtschaft doppelt so schnell gewachsen wie das Sozialprodukt.

Die Umwelt wird nur dann nicht zum Engpaßfaktor der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung, wenn auch in Zukunft die Umweltschutzinvestitionen steigen. Der Umwelt- und Ressourcenverbrauch muß durch Kapital, d.h. durch moderne Technik, „subst-

tuiert“ werden, wie der Ökonom sagt. Anders ausgedrückt: Durch Umweltschutzinvestitionen müssen wir das Wirtschaftswachstum immer weiter vom Umweltverbrauch abkoppeln.

Im Energiesektor investieren

Um die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch voranzubringen, müssen wir insbesondere auch im Energiesektor investieren. Die Energieumsätze sind ja die wichtigsten Verursacher der Umweltgefahren, so auch der drohenden Klimaveränderung. Das Vorsorgeziel, das wir auf diesem Sektor realisieren wollen, ist bereits quantitativ fixiert. Nach Beschlüssen der Bundesregierung sollen die klimarelevanten CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2005 um 25-30 Prozent reduziert werden. Das bedeutet in erster Linie Energiesparen auf allen Stufen der Energieversorgung. Zudem muß der Energieverbrauch hin zu den CO₂-freien oder -ärmeren Energieträgern umgeschichtet werden. Das ist auch eine besondere Herausforderung für die Gaswirtschaft, der wir uns stellen.

Diese umweltpolitisch motivierten Ziele für den Energiesektor sind auf der einen Seite sehr ehrgeizig. Nur wenn wir alle Kräfte mobilisieren, werden wir das CO₂-Sparziel realisieren können. Auf der anderen Seite ist die Erfüllung der genannten Zielsetzung nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Denn das vereinte Deutschland ist an den weltweiten CO₂-Emissionen nur mit einem Anteil von 5,5 Prozent beteiligt.

Dieser Sachverhalt leitet über zu einer Problematik, auf die ich abschließend noch hinweisen möchte. Eine Vorreiterrolle Deutschlands im Umweltschutz muß dort seine Grenzen haben, wo die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in Gefahr gerät. Neben der Vorreiterrolle müssen wir auch auf dem internationalen Parkett den Umweltschutz voranbringen. „Sustainable development“ nennt die OECD eine langfristig angelegte, dem Vorsorgeprinzip verpflichtete und auf die dauerhafte Erhaltung des natürlichen Kapitals ausgerichtete ökologische und wirtschaftliche internationale Entwicklung. Wir sollten zu dieser Strategie unsere Beiträge leisten.

Ann.: Dr. Gerhard Voss, Diplom-Volkswirt, ist Referatsleiter im Institut der deutschen Wirtschaft, Köln, mit den Arbeitsschwerpunkten Struktur-, Energie- und Umweltpolitik.

Fallbeispiel Amazonien

Dr. Volkmar Köhler

Die neueste Studie der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für den Kirchlichen Entwicklungsdienst behandelt die ökologische Krise als Nord-Süd-Problem.

Die EKD will damit einen Beitrag zum Konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung leisten. Hinter dieser abstrakten Formulierung steht auch das Schicksal der Ureinwohner des Amazonas-Gebietes. Trotz großer Kompetenz in zahlreichen Einzelfragen geht es in dieser Studie also um ein Gesamtproblem. Wie es einer kirchlichen Studie gut ansteht, geht sie von der Verbundenheit mit dem Menschen und ihrer Existenz aus. Dabei wird das Problem der schnell fortschreitenden Vernichtung der Regenwälder Amazoniens als etwas begriffen, das uns alle angeht. Man kann den wesentlichen Forderungen der Studie nur zustimmen.

Richtig ist, daß die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen im Amazonas-Gebiet durch den Raubbau an mineralischen Rohstoffen und durch rücksichtslose Brandrodung beendet werden muß. Richtig ist ganz gewiß auch, daß für Länder wie Brasilien der ökonomische Handlungsspiel-

raum für eine umweltverträgliche Politik erweitert werden muß, damit außenwirtschaftlicher Zwang nicht zu einem Raubbau an natürlichen Ressourcen führt.

Hier sollte man allerdings auch stärker betonen, daß die Bereitschaft, ökologische Handlungsspielräume in der internen brasilianischen Politik zu erweitern, trotz mancher Fortschritte noch entschiedener ausgestaltet werden muß. Dringend ist eben ein verändertes Selbstverständnis der in Brasilien ökonomisch herrschenden Klasse. Man muß generell zustimmen, wenn gefordert wird, daß durch internationale Konventionen mit verbindlichen Einsparquoten dem nach wie vor maßlosen Ressourcenverbrauch in reichen Ländern entgegengewirkt wird.

Die Studie begreift die Zerstörung der Tropenwälder als eine Herausforderung an die Verantwortungsgemeinschaft zwischen den Industriestaaten und den Ländern der Dritten Welt. Nur auf diesem Wege können die Interventionen der Industrieländer glaubhaft werden, die ihrerseits den überwiegenden Anteil der Umweltzerstörung auf unserem Planeten zu vertreten haben.

Bemerkenswert ist der Hinweis der Studie, daß die Potentiale des Amazonas in Zusammenarbeit mit den Völkern des Waldes wirtschaftlich nachhaltig genutzt werden können.

Der EKD-Kammer schwebt also keinesfalls ein Naturmuseum Amazonas vor, sondern eine Bewahrung der Artenvielfalt in angemessener Nutzung durch die Menschen, die die Gesetze dieser Landschaft am besten kennen. Folgerichtig werden die Bevölkerungsgruppen in den betroffenen Ländern aufgefordert, ihr Schicksal nicht ohnmächtig hinzunehmen, sondern selbst dafür einzutreten, daß Alternativen zur hemmungslosen Zerstörung dieser Erde entwickelt werden.

Dies bedeutet Partizipation und Mitbestimmung der Betroffenen am Entwicklungsprozeß. Nach aller Erfahrung ist es der einzige Weg, der für nachhaltigen Entwicklung führt. Hoffen wir, daß diese Studie nicht romantische Mißverständnisse auslöst. Das Spannungsverhältnis zwischen Mensch und Umwelt kann nicht durch die Negierung der Bedürfnisse der Menschen gelöst werden. Wieder einmal geht es um die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie. Selten ist in der letzten Zeit zu dieser Frage gründlicher recherchiert und bedachtsamer argumentiert worden, als in der Studie „Fallbeispiel Amazonien“. Dies begründet ihren Wert über mögliche Einzelkritik hinaus. ■

EKD-Denkschrift – wichtiger Beitrag zur sozialetischen Diskussion nach dem Zusammenbruch des Sozialismus

Bonn. Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, **Peter Hintze**, MdB, begrüßt die Denkschrift der EKD „Gemeinwohl und Eigennutz – Wirtschaftliches Handeln in Verantwortung für die Zukunft“.

Nach der Denkschrift „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie“ im Jahr 1985 enthält auch dieser Beitrag der Kammer für öffentliche Verantwortung ein klares Bekenntnis zur demokratischen Ordnung und zur Sozialen Marktwirtschaft. Die Absage an sozialistische Utopien ist eindeutig. Die Verfasser der Denkschrift sehen das „Gemeinwohl und den Schutz der Schwachen“ am ehesten in einer marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft gewährleistet.

Ein zentrales Anliegen der Denkschrift ist der verantwortliche Umgang mit der Schöpfung. In der Forderung, den Schutz der natürlichen Grundlagen als Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen, ist sich die Union mit der Evangelischen Kirche einig. Die Begrenztheit der weltweiten Ressourcen zwingt uns, unser Verhalten zu überdenken. Die Notwendigkeit einer Verhaltensänderung des einzelnen entläßt die Politik nicht aus ihrer Verpflichtung für eine humane und ökologische Zukunftsgestaltung.

Nachdrücklich setzt sich die Denkschrift für eine stärkere Unterstützung der Länder der Dritten Welt ein. Angesichts der schwierigen und bedeutsamen Aufgaben, die wir gegenwärtig im wiedervereinten Deutschland zu bewältigen haben, müssen wir die Mah-

nung ernst nehmen und dürfen die Fragen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung nicht verdrängen. Viele, die die friedliche Revolution in der DDR mitgetragen haben, waren aufgrund ihrer kirchlich-ökumenischen Arbeit an den Problemen der Entwicklungsländer besonders interessiert. Dieses Engagement müssen wir gemeinsam fortführen.

Bedauerlich bleibt, daß die Denkschrift noch nicht Ausdruck gemeinsamen Ost-West-Denkens der EKD ist. Die im Anhang dokumentierte Situationsbeschreibung des ehemaligen Bundes der Evangelischen Kirchen macht deutlich, daß auch innerkirchlich für das „Erfolgsmodell“ der Sozialen Marktwirtschaft noch zu werben bleibt.

Kurz notiert

Junge Union Deutschlands: Kampf gegen Jugendsekten unter neuen Aspekten

Bonn. Gegen das verstärkte Auftreten von Jugendsekten, insbesondere in den fünf neuen Bundesländern, sind nach Auffassung des JU-Bundesvorstandsmitgliedes **Udo Schuster** neue Initiativen notwendig. Es gehe nicht darum, die Aufgabe kirchlicher Apologetik auf den Staat zu verlagern. Initiativen seien notwendig gegen Ausbeutung und Verletzung der Menschenwürde ebenso, wie gegen „therapeutisches Quacksalber“, so Schuster weiter. Gerade mit nicht fachkundig ausgeübten Psychotherapien könne oft ebensoviel Schaden angerichtet werden, wie durch Medikamenten- und Drogenmißbrauch. Dies werde besonders deutlich bei Gruppen wie der Scientology-Kirche, wo in einem Schneeballprinzip bei neuen „Kunden“ Abhängigkeiten in finanzieller und psychischer Sicht geschaffen würden.

Die Junge Union fordert deswegen Untersuchungen über den Bereich „Körperverletzung durch psychische Einwirkungen“, so Udo Schuster.

Das Tor für die Rußlanddeutschen muß offen bleiben

Bonn. Gegen jegliche Zugangsbeschränkung für Rußlanddeutsche hat sich der Beauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für Aussiedler und Vertriebene, **Hans von Keler**, ausgesprochen. Schon die öffentlich geäußerten Überlegungen im Hinblick auf eine „Quotenregelung“ für Aussiedler seien „kontraproduktiv“ und veranlaßten die Deutschen in Innerasien lediglich zu einer noch rascheren Ausreise als ohnehin geplant, sagte von Keler gegenüber dem Evangelischen Pressedienst, „das Tor für die Rußlanddeutschen muß stets offen bleiben“.

Der frühere württembergische Landesbischof verwies auf das „unermeßliche Leid“, das die älteren Aussiedlungswilligen in der Sowjetunion nur deshalb erlitten hätten, weil sie Deut-

sche seien. Die Rußlanddeutschen hätten eine „elementare Sehnsucht nach Heimat“. Sie fragten sich schon längst nicht mehr, ob sie nach Deutschland heimkehren sollten, sondern nur noch, ob ihnen die Ausreise noch rechtzeitig möglich sein werde.

Nach Auffassung von Keler leben die Aussiedler in Innerasien nicht mehr in finanziell schlechten Verhältnissen. Sie würden als fleißige und verlässliche Arbeitskräfte gerade in der Sowjetunion zunehmend geschätzt und nicht mehr wie früher zwangsweise des Landes verwiesen. Man sollte ihnen aber nicht zumuten, sich in zunehmend instabilen politischen Verhältnissen und im ausbrechenden Nationalitätenkonflikt „zermahlen“ zu lassen oder zu hochgespannte Hoffnungen auf eine neue Wolgarepublik hegen. Der Widerstand dagegen sei vor Ort sehr groß und äußere sich bereits in Protesten und Demonstrationen.

Die Falschheit des Reichtums besteht darin, daß wir das, was wir haben, mit dem verwechseln, was wir sind. Wir denken, wir wären mehr, wenn wir mehr haben. Wir kaufen einen schicken Wagen und denken, dieser Wagen wäre nun ein Teil unserer selbst, wie ein weiteres Glied unseres Körpers. Wenn die anderen unseren Wagen bewundern, fühlen wir uns, als ob sie uns selbst bewunderten. Wir betrachten die Dinge, die uns gehören, als ob sie ein Teil unserer selbst wären.

Ernesto Cardenal

Schutz des Fremden ist: Gottes Gebot

Bonn. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat angesichts der anhaltenden Gewaltakte gegen Ausländer dazu aufgerufen, bedrohte Menschen zu schützen und für deren sicheren Aufenthalt einzutreten. Auch Kirchengemeinden und kirchliche Gruppen sollten sich weiterhin schützend vor bedrohte Ausländer stellen und Hilfe leisten. „Der Schutz des Fremden ist Gottes Gebot“, heißt es in einer **Erklärung des Rates der EKD**, die im Anschluß an seine Beratungen am 12.10.91 in Bonn veröffentlicht wurde.

Zu den Übergriffen gegen Asylsuchende und Flüchtlinge erklärt der Rat, Gewalt gegen Fremde sei durch nichts zu rechtfertigen. Gewaltausübung wie auch deren stillschweigende Duldung sei eine Herausforderung für den Rechtsstaat und „richtet sich damit gegen alle.“

Zu Perspektiven christlicher Erziehung

Betr.: EV 9/91
„Zum Religionsunterricht“

Die Neigung vieler Protestanten, alles grundsätzlich zu hinterfragen und eine rational grundsätzliche Antwort zu geben, hat natürlich auch vor dem Religionsunterricht nicht haltgemacht. Volksbildung hat in der Geschichte des Protestantismus immer eine große Rolle gespielt, wobei eine starke Triebfeder dabei das Ziel war, daß jeder das Wort Gottes auch in der Bibel selbst zu lesen imstande war. Das Vordringen der naturwissenschaftlichen Erkenntnisweisen und die immer stärker werdende Rationalisierung vieler Lebensbereiche im Zuge der Aufklärung hat wohl auch den Stellenwert des Religionsunterrichtes für Eltern, Schüler und Lehrer, aber auch für die Kultusverwaltungen, allmählich geringer werden lassen.

Privatschulwesen, geschützt durch Konkordate, wieder auf- und auszubauen. Mit dem gleichen Selbstverständnis und der gleichen Selbstverständlichkeit beginnt die katholische Kirche trotz ihres geringen Bevölkerungsanteils in den neuen Bundesländern, katholische Schulen zu errichten. Auf dieser Linie liegt, daß mit Sicherheit davon ausgegangen werden kann, daß die katholische Kirche alles in ihren Kräften Stehende tun wird, auch in den staatlichen Schulen die Möglichkeit von Religionsunterricht wahrzunehmen.

Der katholische Religionslehrer benötigt die kirchliche *missio canonica*, die Lehrerlaubnis. Und meine persönlichen Erfahrungen lassen vermuten, daß auch die durchschnittliche Bindung des katholischen Religionslehrers an seine Kirche viel größer ist als auf protestantischer Seite. Das protestantische Kirchenverständnis hat ja auch eine stärkere Individualisierung des Frömmigkeitsverhaltens zur Folge. Der protestantische Religionslehrer würde es nie zulassen, daß ihm die Kirche irgendwelche „Vorschriften“ für seinen Unterricht machen könnte. Allerdings nimmt auch an der katholischen Basis die Kritikhäufigkeit und -stärke an „Kirche“ zu.

In diesem Zusammenhang noch die folgende Bemerkung: Die Auseinandersetzung zwischen der völkischen pseudoreligiösen Weltanschauung des Nationalsozialismus und dem Christentum ist auf protestantischer Seite vor allem außerhalb der Institution „Kirche“ von der Bekennenden Kirche geführt worden. Von dieser Zeit her hat sich in weiten Kreisen des Protestantismus eine stark kritische Einstellung zu aller Herrschaft und ihrer Ausübung durch staatliche Organe entwickelt. „Staatsnähe“ möchte man auf jeden Fall vermeiden. Ferner ist bekannt, daß im Protestantismus in der Weimarer Zeit kein überzeugendes Verhältnis zur Demokratie als Staatsform sich entwickelt hat.

Da nun in der ehemaligen DDR das ganze Schulwesen

dem Anspruch der SED und ihrer marxistisch-weltanschaulichen Grundlage ausgeliefert war, so möchte man gerade in protestantisch kirchlich engagierten Kreisen jede Nähe zum Staat vermeiden. Dadurch wird der staatskritische Effekt, der schon in der alten Bundesrepublik spürbar ist, noch verstärkt. Auf diesem skizzierten und nicht widerspruchsfreien Hintergrund ist nun das Streiten um die Alternative „pro“ oder „contra“ Religionsunterricht in staatlichen Schulen der neuen Bundesländer zu sehen.

Ich neige der Ansicht von Frau Lieberknecht zu. Kirche muß die Chance für den Religionsunterricht nutzen. Die größte Schwierigkeit sehe ich in der Tat darin, daß in der volkswirtschaftlich weithin ausgedünnten DDR einfach nicht genügend qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung stehen...

Alle Erziehung ist nur Handreichung zur Selbsterziehung.

Eduard Spranger

Die Tatsache, daß die alte Volkskirche zur Minderheitskirche geworden ist, kann nur Utopisten und Idealisten zu dem Schluß gelangen lassen, die evangelische Kirche müsse sich jetzt zu einer Freikirche weiterentwickeln. Nüchtern ist festzustellen, daß dann doch am ehesten in SED-Zeiten die Weichen dafür hätten gestellt werden müssen. Aber die volkswirtschaftlichen Strukturen sind, doch – wenn auch in sehr abgeschwächter Form – erhalten geblieben, insbesondere im sozialen und kulturellen Bereich. Selbst für die SED-Führung war „die Kirche“ oft ein zwar ungeliebter, aber doch wahrgenommener und manchmal benötigter Gesprächspartner bis hinein in die Entwicklung mannigfaltiger „Valutaprogramme“.

Vor allem ist Deutschland durch 1000 Jahre Christentum und Ostdeutschland insbesondere durch 500 Jahre Reformation geprägt. Ich will damit sagen, es ist ein durch das Christentum geprägtes „Substrat“ vorhanden, das man einfach

nicht wegdenken kann. Unsere Kultur, unser Denken und Fühlen, unsere Sprache zeugen davon. Will man nicht anderen Kräften allein das weite Feld überlassen, dann bleibt eigentlich gar kein anderer Weg als die Chance, die das Grundgesetz gibt, vorurteilsfrei zu nutzen; trotz aller Schwierigkeiten und Bedenken, von denen ich auch nicht frei bin! Besonders schwierig wird die Übergangszeit sein, bis genügend Religionslehrer zur Verfügung stehen werden. Da muß improvisiert werden, der Unterricht vielleicht auch vorübergehend ausgesetzt werden.

Noch etliche Anmerkungen zur möglichen Durchführung:

- Der Unterricht an Gymnasien sollte nur von akademisch vorgebildeten Lehrkräften, in der Regel von solchen, die auch die Fakultas für ein 2. Fach besitzen, erteilt werden.

ten und befähigten Lehrkräften. Die Fortbildungsmaßnahmen sollten so beschaffen sein, daß auf Dauer die Fakultas erworben oder erteilt werden kann.

- Die Möglichkeiten, aus den alten Bundesländern Lehrkräfte zu gewinnen, sollte systematisch genutzt werden. Hier gibt es noch viele Lehrer mit Religionsfakultas, die entweder arbeitslos oder in anderen Berufen tätig sind.
- Die Kirchen schließen mit der Schulbehörde sogenannte Gestellungsverträge ab und „leihen“ Pastoren für den Religionsunterricht stundenweise oder mit voller Stundenzahl für eine begrenzte Zeit aus. Dafür können auch junge Pastoren aus den westlichen Bundesländern herangezogen werden, die noch auf eine Pfarrstelle warten.
- Der Unterricht wird als sogenanntes Wahlpflichtfach an-

kunde nennen). Der Schüler bzw. seine Eltern müssen dann zwischen den Angeboten wählen.

Diese Lösung hätte mehrere Vorteile:

1. Es wird – auch auf dem Hintergrund weit entkirchlichter Gebiete und Bevölkerungsschichten – deutlich, daß der Staat den Kirchen kein unangemessenes Monopol gibt.
2. Das Fach Religion muß sich neben einem anderen Fach behaupten. „Konkurrenz hebt das Geschäft“.
3. Auch ein Wahlpflichtfach ist Pflichtfach. Es wird ernst genommen, es gibt auch Zensuren.
4. In der Oberstufe kann das Fach Religion dann entsprechend der Erfüllung der Pflichtaufgaben für die Aufgabengebiete gewählt werden, kann also auch abiturelevant sein.
- Der Unterricht in dem Wahlpflichtfach wird für die ganze Jahrgangsstufe zur gleichen Zeit angeboten. So werden die Religionsstunden nicht nur auf die Eckstunden, insbesondere die letzten Unterrichtsstunden, verdrängt.
- Die Landeskirchen nehmen sich – neben den obligaten schulischen Lehrerfortbildungen – der Weiterbildung und des Erfahrungsaustausches mit den Religionslehrern in besonderem Maße an.
- Zu den Inhalten: Unterricht kann nicht „konfessionalistisch“ sein, er ist im Sinne der deutschen Bildungstradition offen und tolerant. Er kann ferner nicht Katechismus- oder Dogmenunterricht sein. Ideal wäre es, wenn es eine Arbeitsgemeinschaft der katholischen Kirche mit der EKD gäbe, die sich auf gemeinsame Regelungen einigt. Das Spannungsverhältnis zwischen „bekenntnisgebundenem“, „ökumenischem“ oder allzu freiem „religionskundlichem“ Unterricht wird inhaltlich nie ganz aufzulösen sein.

Anm. der Redaktion:

Zu den Beiträgen in der letzten Evangelischen Verantwortung erhielten wir eine Anzahl von Leserbriefen. Diesen Artikel haben wir stellvertretend für andere abgedruckt. Er stammt von **Oberstudiendirektor Galle** aus Nordhorn (Niedersachsen).

Landestagung des EAK der CDU Baden

Die Herausforderungen der Frau im gesellschaftlichen Wandel

Samstag, 9. 11. 1991, 9.30 Uhr
Hotel „Goldene Pforte“ (Maritim), Pforzheim

- 10.00 Begrüßung
EAK-Landesvorsitzender
Prof. Dr. Hans-Martin Pawlowski
- 10.15 Podium
- 13.00 Neuwahlen des Landesvorstands
- 15.40 Grußwort
Dr. Lutz Stavenhagen, MdB
- 15.45 Vortrag
Bundesministerin
Dr. Angela Merkel, MdB
- 17.30 Schluß

Informationen:

Herwig Schäfer, Sommerhöldele 18, 7601 Ortenberg,
Tel.: 07 81/9 33 13 29 (d.)

- Dem gegenwärtigen Lehrermangel muß Rechnung getragen werden, z.B. durch Fortbildungs- und Weiterbildungskurse von Katecheten, aber auch anderen interessier-

geboten. Das Fach Religion steht dann in Auswahlkonkurrenz zu einem anderen Fach (mag man es Ethik, Werte und Normen, Gemeinschaftskunde oder Sozial-

Bücher

Udo Hahn (Hrsg.) Der Glaube hat Zukunft. Perspektiven für eine evangelische Kirche von morgen. Brendow Verlag, Moers. Paperback. ca. 180 Seiten. ISBN 3-87067-441-5. Bestell-Nr. 57171.

Hat der Glaube in unserem Land eine Zukunft? Vor welchen Herausforderungen stehen Christen im sich vereinigenden Europa? Wie entwickeln sich evangelische Medienarbeit, das Verhältnis zur katholischen Kirche, aber auch die Beziehungen zwischen Volkskirche, den Freikirchen und dem Pietismus? Vor welchen Herausforderungen steht der Protestantismus durch die neue Religiosität, die an der Kirche vorbeigeht? Und wie gestaltet sich die Ethik heute?

Diese und andere Fragen werden von prominenten Protestanten beantwortet. Es wird Bilanz gezogen und nach vorne geblickt.

Die Kirche steht unter der Verheißung Jesu. Da kirchliches Handeln aber von Menschen bestimmt wird, muß immer wieder neu um den Kurs gerungen und das Gespräch zwischen Theologen und Laien geführt werden. Diesen Dialog wollen die Autoren des Buches mit ihren Beiträgen fördern: Theo Sorg, Werner Leich, Siegfried Meurer, Reiner Blank, Karl Heinz Neukamm, Werner Lachmann, Axel von Gumpenhausen, Reinhard Friebe, Martin Honecker, Heinrich Hermanns, Erika Kimnich, Christoph Morgner, Walter Klaiber, Gottfried Künzlen u.a.

Josef Herkendell/Ekkehard Koch: Bodenzerstörung in den Tropen 1991. 184 Seiten mit Karten, Schaubildern und Tabellen. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1991.

Ein plötzlicher Regen, danach Staub auf unseren Autos: Im Frühjahr 1989 stammte dieser Staub aus den Schlemmlandgebieten Malis und Mauretaniens. Die Bodenzerstörung in den Tropen gehört zu den schleichenden Umweltkatastrophen, die auch die Industriestaaten bedrohen. Dieses Buch erklärt die Zusammenhänge zwischen Klima, Vegetation und Böden, beschreibt das Ausmaß und die

Erscheinungsformen der fortschreitenden Ver-Wüstung und nennt die Ursachen, Hintergründe und die Konsequenzen, die weltweit gezogen werden müssen, wenn die Erosion gestoppt werden soll.

Sutor, Bernhard: Politische Ethik: Gesamtdarstellung auf der Basis der christlichen Gesellschaftslehre/Paderborn; München; Wien; Zürich: Schönningh, 1991

Dieses Buch schlägt eine Brücke zwischen der Katholischen Soziallehre, ihrer wissenschaftlichen Entfaltung als Christliche Gesellschaftslehre und den Fragen heutiger Politik. Es entwickelt eine politische Ethik aus den Grundlagen dieser Lehre und überträgt sie auf die drei großen Felder der Politik: die Innenpolitik, die Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Internationale Politik. Er gibt damit für die politische Bildung grundlegende ethische Orientierungen.

Prof. Dr. Bernhard Sutor, geb. 1930, ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität Eichstätt und Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Er ist durch zahlreiche Bücher und Aufsätze zur politischen Didaktik, Philosophie und Ethik und zur Christlichen Gesellschaftslehre hervorgetreten.

Dirk Cornelsen: Anwälte der Natur. Umweltschutzverbände in Deutschland. 1991. 157 Seiten mit 7 Abbildungen. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1991.

Die drohende Zerstörung unserer Lebensgrundlagen läßt immer mehr Menschen in Bürgerinitiativen und Naturschutzverbänden aktiv werden oder wenigstens deren Arbeit durch Spenden unterstützen. Zum ersten Mal werden die drei großen Verbände in Deutschland – der BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz, Deutschland), der Naturschutzbund (früher Bund für Vogelschutz), und WWF (World Wide Fund for Nature) vorgestellt. Beschrieben werden jeweils ihre Gründungsgeschichte, ihre Organisationsstruktur, ihre Ziele und Projekte. Ohne diese „Anwälte der

Natur“ wäre das Bewußtsein der meisten von uns in Sachen Natur weniger scharf entwickelt.

Günther Rüther: „Greif zur Feder, Kumpel“ - Schriftsteller, Literatur und Politik in der DDR 1949 – 1990, Droste Taschenbücher Geschichte (916), Droste-Verlag, Düsseldorf 1991, 240 S., zahlreiche Illustrationen.

Es ist dies ein Buch über den hemmungslosen Umgang mit der Macht. Und es geht darin vor allem um die Rolle der Schriftsteller. Geschildert werden Pressionen und Verführungskünste der Mächtigen ebenso wie die Schwierigkeiten des einzelnen Literaten, seine Unabhängigkeit zu wahren. Die Aussagen gelten speziell der Literatur und den Literaten in der DDR, ihren Affinitäten zum SED-Regime, ihren Verweige-

lustrierten Publikation also einen Durchgang durch einen besonderen Teil der Nachkriegsgeschichte Deutschlands. Er erinnert zunächst einmal an das nach dem Zusammenbruch schnell und vielfältig sich entwickelnde geistige Leben in Deutschland und auch an den ersten offenen Schlagabtausch zwischen den Besatzungsmächten im Zuge der Debatte über die Emigration und die politische Dimension der Literatur, dann vor allem aber an die „Zwängsjackensituation“, in der die Literaten in der DDR sich seit Beginn der 50er Jahre befanden. Beschrieben wird der sozialistische Realismus, auf den die Literaten eingeschworen wurden. Gezeigt wird, wie international renommierte Persönlichkeiten – Anna Seghers beispielsweise, Kommunistin und Vorsitzende des Schriftstellerverbandes – auf die

Die Liebe Gottes findet nicht vor, sondern schafft sich, was sie liebt.

Die Liebe des Menschen entsteht nur an dem, was sie liebenswert findet.

Martin Luther, Heidelberger Disputation, 1518

rungen auch. Erschienen ist das Buch, für das man die Bitterfelder Lösung – „Greif zur Feder, Kumpel“ - als Titel gewählt hat, in der Reihe „Droste Taschenbücher Geschichte“. Sein Autor, Günther Rüther, ist Leiter des Instituts für Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Der Autor zeigt die Bemühungen des SED-Staates, die Literatur mit dem Einfordern einer sozialistisch realistischen Literatur und mit der Zuweisung eines didaktisch, sozialpädagogischen und politischen Auftrags an die Schreibenden zu instrumentalisieren. Offengelegt werden die Mechanismen der Zensur, die durch die Ideologie amtlich verbreitete Lüge und Klitterung der Wahrheit. Die Leser erfahren, wie die Literatur Opfer wurde. Sie erhalten allerdings auch Informationen über abweichendes Verhalten – Hinweise auf Kritik an Maßnahmen der Machthaber wie auf Ablehnungen des politischen Systems der DDR und des Sozialismus insgesamt.

Günther Rüther offeriert mit dieser an zahlreichen Stellen il-

Forderung nach wahrheitsgetreuer Darstellung der Realität, sozialistischer Parteilichkeit sowie der Volksverbundenheit und Volkstümlichkeit reagierten und damit ihre in der Emigration erworbene Reputation nicht nur aufs Spiel setzten, sondern ihre Ideale auch verrieten...

Hans-Hermann Böhm/Ulrich Pohlmann (Hrsg.): Im Staat leben. Christsein in Politik und Gesellschaft. Paperback, 144 Seiten, Brendow Verlag, Moers 1991.

Wenn Politik „die planvolle Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens“ meint, dann ist ja jeder betroffen und zur Mitgestaltung aufgefordert. Wer sich verweigert, überläßt es anderen zu gestalten, aber oft nicht so, wie ihm lieb ist. Die konkreten Schritte zur Mitgestaltung sind nach Begabung und Beauftragung verschieden. So findet sich in diesem vielfältigen Buch das Spektrum von der Schülervertretung bis zum Ministerium, vom Widerstand im 3. Reich bis zum Fall der Mauer. Eine Ermutigung zum Engagement der Christen in Politik und Gesellschaft.

Aus unserer Arbeit

Die aktuelle Situation der Evangelischen Kirche in der ehemaligen DDR

Berg. Gladbach. Zu diesem Thema hatte der EAK Bergisch Gladbach **Udo Hahn**, Redakteur beim Rheinischen Merkur, eingeladen. Einleitend erinnerte der Referent daran, daß der 3. Oktober zu einem historischen Datum geworden sei. Der 17. Juni habe uns zwar den Traum von der Einheit stets in die Erinnerung gerufen, gerechnet habe aber niemand mehr mit einem wiedervereinigten Deutschland.

Eine gesamtdeutsche Kirche habe 20 Jahre lang bestanden: 1948 – 1968. Dann erfolgte der Zusammenschluß der acht Landeskirchen, wobei zwei getrennte kirchliche Lager entstanden seien. Jetzt endlich vollziehe sich wieder die Einheit der ev. Kirche. Die Wahlen zur Gesamtsynode haben inzwischen stattgefunden.

Herr Hahn schilderte die Schwierigkeiten auf dem Weg zur kirchlichen Einheit. Nachdem in der Loccumer Erklärung gefordert wurde, man wolle die staatliche und kirchliche Einheit, wurden gegen dieses nüchterne Dokument sofort Proteste laut. In ihnen kam die Angst zum Ausdruck, man werde wieder von der westdeutschen Kirche vereinnahmt. Man verlor sich in ideologischen Debatten und stritt unnütz um äußere, organisatorische Fragen.

U. a. bestehen Differenzen im Bereich Religionsunterricht an Schulen. Dieser Punkt war auch Anlaß für eine heftige innerkirchliche Debatte, da man sich immer für eine ideologiefreie Schule eingesetzt habe. – Der Missionsbefehl Jesu sei viel umfassender als wir denken, meinte der Redner. Einerseits sei kirchliche Unterweisung vonnöten, andererseits hätten wir aber auch einen Bildungsauftrag zu erfüllen, indem wir an den Schulen religiöse Inhalte vermitteln.

Diskussion

Gefragt wurde nach dem Beitrag der Kirche zur Wiedervereinigung. Er bestand nach An-

sicht des Referenten im wesentlichen darin, daß die Revolution behutsam gesteuert werden konnte und ohne Blutvergießen vonstatten ging. Herr Hahn forderte, daß strittige Strukturen neu durchdacht werden sollten. (Militärseelsorge – Religionsunterricht) Im Osten unseres Vaterlandes dürfe nicht das Gefühl aufkommen, daß man einfach eingemeindet werde. Ferner müsse das Problem der Massenausstritte aus der ehemaligen DDR-Kirche gelöst werden. – Bezüglich der Jugendweihe sei zu bedenken, daß sie ihre Wurzeln im Freidenkertum habe, also keine Erfindung der SED sei. Das gemeinschaftsstiftende Element, der feierliche Charakter und die damit verbundenen Geschenke übten naturgemäß auf die Jugendlichen weiterhin eine starke Anziehungskraft aus.

Bei der anschließenden Vorstandswahl wurde **Detlef Koenig** als Vorsitzender bestätigt. Stellvertreter sind **Ernst Landgrebe** und **Friedel Burghoff**.

Evangelischer Arbeitskreis der CDU der Kreispartei Unna

Unna. Pfarrer Dr. **Peter-Wilhelm Schneemelcher**, Leiter des Volksmissionarischen Amtes der Evangelischen Kirche von Westfalen, hielt vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU der Kreispartei Unna einen Vortrag über das Thema:

Hat die Volkskirche Zukunft?

Die Veranstaltung war gut besucht und nach fast einstündigem Vortrag entwickelte sich eine sehr lebendige informative, etwa einstündige Aussprache mit zahlreichen Wortmeldungen.

Die Aussprache wurde geleitet von dem Vorsitzenden, Rechtsanwalt **Dr. Göckmann**, Schwerte.

Der Abend war für alle Teilnehmer ein großer Gewinn.

Der Redner beantwortete die Frage des Themas mit einem eindeutigen Ja, aber fügte ein aber hinzu! Der Redner fand großen Anklang, so zum Beispiel mit seiner Aussage: Wir brauchen innere Mission, Inter-

esse der Basis. Dies sei allerdings das Schwierigste. Jeder Staat brauche Werte und im Grunde lebten wir in einer gläubigen Zeit, ja in einer religiösen Zeit.

Die Kirche sei eine im guten Sinne konservative Einrichtung zur Erhaltung der Werte. Sie dürfe dem Zeitgeist nicht nachlaufen. Der Redner beklagte die Inflationierung der Erklärungen, Resolutionen, Appelle. Es bestünde die Gefahr, daß nichts als nur Worte überbliebe.

Der EAK wird solche Aussprachen halbjährlich veranstalten.



Bundesgeschäftsführerin **Birgit Heide** und Bundesvorsitzender **Peter Hintze**, MdB, begrüßten Prof. Dr. **Abdoljavad Falaturi** zum 17. Bonner Theologischen Gespräch

Foto: Presse-Service

Evangelischer Arbeitskreis will Wiedergutmachung

Starnberg. Der Evangelische Arbeitskreis Oberbayern der CSU hat den Bundestag und die Bundesregierung aufgefordert, ehemalige „SED-Bonzen“ und Amtsträger der früheren DDR für die von ihnen angerichteten volkswirtschaftlichen Schäden finanziell zur Verantwortung zu ziehen. Wie der Bezirksvorsitzende **Rolf Picker** (Starnberg) betonte, sei es ein Gebot der „politischen Hygiene“, die Schädiger von einst an der Schadensbeseitigung und Wiedergutmachung zu beteiligen. Auch der Immobilienbesitz und die Vermögen aller im SED-Staat Privilegierten müßten auf den rechtmäßigen Erwerb überprüft werden. Picker fordert zudem, alle früheren Funktionsträger für zehn Jahre vom öffentlichen Dienst fernzuhalten.

Wissenschaftler schilderte Verhältnis des Islam zum Westen

Bonn. Als von Mißverständnissen und vielfach von gezielter Diffamierung geprägt, so umschrieb der Direktor der Islamischen Wissenschaftlichen Akademie, Professor **Abdoljavad Falaturi**, in einem Vortrag das Islam-Bild des Westens.

Beim 17. „Bonner Theologischen Gespräch“ versuchte der Islamwissenschaftler durch „wissenschaftlichen Dialog“ Vorurteile abzubauen. Zu dem Vortrag „Islam und Westen – Möglichkeiten und Hemmnisse

eines Dialogs“ hatte der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, **Peter Hintze**, eingeladen.

Ziel des Vortrags im Adenauer-Haus war es, Grundfragen des Verhältnisses zwischen Orient und Okzident zu erörtern. So konzentrierte sich Falaturi auf die Bereiche Religion, Kultur und Politik, die für die Gestaltung der islamisch-westlichen Beziehungen ausschlaggebend waren.

Zwar bestünden, laut Falaturi, zwischen Christentum und Islam grundlegende Differenzen. Er betonte jedoch, daß der Islam ausdrücklich die christliche und jüdische Heilslehre anerkenne, der Koran die Botschaft Jesu als „Wort Gottes“ umschreibe. Der Islamwissenschaftler stellte auch die Errungenschaften der muslimischen Wissenschaftler heraus, ohne die der Westen nicht in den Besitz mathematischer und medizinischer Kenntnisse gekommen sei.

Dr. Klose bleibt EAK-Landesvorsitzender in NRW

Wuppertal. Dr. Hans Ulrich Klose, MdL, bleibt Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Nordrhein-Westfalen. Auf der Landestagung des Arbeitskreises in Wuppertal wurde der Vizepräsident des Düsseldorfer Landtages mit großer Mehrheit für weitere

zwei Jahre in seinem Amt bestätigt. In seinem Rechenschaftsbericht ermutigte Klose die etwa 100 Delegierte zu einem intensiveren Dialog zwischen kirchlichen Gremien und der CDU. Es gelte Mißverständnissen bei der Asyl- und Abtreibungsfrage entgegenzutreten.

Den Hauptvortrag hatte der EAK-Bundesvorsitzende, Staatssekretär Peter Hintze, MdB, übernommen.



von links: Ursula Lietz, Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL, Peter Hintze, MdB

Übereinstimmung über Würde des Menschen ist zerbrochen

Bielefeld. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, zitierte Pastor Joachim P. Walter aus Lemgo, Direktor der Stiftung Eben Ezer, eine diakonische Einrichtung für Menschen mit geistiger Behinderung. Auf einer offenen Podiumsdiskussion zum Thema „Recht auf Leben“ der Ravensburger Spinnerei in Bielefeld stellte der Pastor die Geltung dieses Artikels des Grundgesetzes in der heutigen Zeit in Frage. Wörtlich: „Irgendwo ist die Übereinstimmung zerbrochen.“ Der Evangelische Arbeitskreis der Bielefelder CDU sowie die Frauenunion griffen mit dieser Veranstaltung die neu entfachte Diskussion um den Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches, den „Abtreibungsparagraphen“, auf. Hintergrund: Bis 31.12.92 muß ein einheitliche Rechtsgrundlage in Deutschland geschaffen werden.

Unter der Moderation des Bielefelder CDU-Abgeordneten Reinhard Meyer zu Bentrop diskutierten Vera Bliefernicht, Geschäftsführerin der „Pro Familia“ in Bielefeld, Professor Franz-Xaver Kaufmann, Soziologe an der Universität Biele-

feld, Marianne Paus, Bielefelder CDU-Abgeordnete im Landtag und Pastor Joachim P. Walter (Lemgo).

Inwieweit es moralisches Recht über die staatlichen Normen hinaus gebe, fragte der Soziologe Kaufmann. Es gebe keine Rechtsordnung, die die Gesamtheit aller moralischen Vorstellungen einer Gesellschaft erfassen könne. Provozierende Kernfrage bleibe: „Wer gilt als Mensch?“ Der Schutz des ungeborenen Lebens sei so umstritten, weil er die „zentrale Druckstelle der Gesellschaft“ sei, da der Schutz des geborenen Lebens insgesamt zugenommen habe.

Marianne Paus unterstrich, daß die CDU als einzige der im Parlament vertretenen Parteien in der Abtreibungsfrage das Indikationsmodell vertrete. Sie verwies zugleich auf die massive materielle Hilfestellung, die im Gesetzesentwurf ihrer Partei bei einer Entscheidung für das Kind vorgesehen sei. Am 27. September will die CDU den Entwurf im Bundestag einbringen.

Vera Bliefernicht ging das Thema von einer anderen Seite an. Sie erzählte schlicht aus der Praxis. „Frauen erzählen nicht öffentlich, warum sie unbedingt eine Abtreibung vornehmen las-

sen mußten.“ Schätzungsweise jede dritte Frau habe diese Erfahrung gemacht. Aber Frauen seien durchaus bereit sich anzuvertrauen. Die Geschäftsführerin von „Pro Familia“ trug dann acht ihr bekannte Fälle vor. Unter dem Eindruck ihrer Kenntnis der Praxis beurteilte sie den CDU-Entwurf wie folgt: „Diese Gesetzesregelung würde noch engere Grenzen als bisher setzen. Dann werden die Frauen nur noch schweigen, sie werden ausweichen.“

Heftig wandte sich Pastor Walter gegen jede Form einer „utilitaristischen Ethik“. Was denn wohl sei, wenn sich der ethische Zugriff auf das ungeborene Leben auch auf das geborene Leben ausweite? Er erinnerte dabei zugleich an den Begriff des unwerten Lebens und meinte wörtlich: „Das hatten wir in Deutschland schon einmal!“ Zwar müsse man erkennen, daß diese Denkweise in der Gesellschaft bereits weit verbreitet sei, dem stehe aber immer noch die christlich-biblische Ethik entgegen. Und mit einem Seitenblick nach Karlsruhe befürchtete er, „ich könnte mir vorstellen, daß auch das Bundesverfassungsgericht heute anders als bei seiner ersten Entscheidung in Richtung auf eine Fristenlösung hinarbeiten könnte.“ Immer mehr Menschen glaubten, soziale Probleme seien technisch zu lösen. „Liberalismus ist offenbar wichtiger als die Würde des Menschen.“

„Asyl – Pro und Contra“

Neusäß. So lautete das Thema einer Podiumsdiskussion des Evang. Arbeitskreises Augsburg-Land und des Ortsverbandes Neusäß der CSU in Neusäß, zu dem ca. 65 Personen, darunter auch solche anderer politischer Gruppen, gekommen waren.

Die Podiumsteilnehmer legten dann in kurzen Erklärungen ihre Auffassungen dar:

Max Strehle, MdL für die CSU, **Peter Stapf** von der Caritas, **Peter Luibl** vom Diakonischen Werk und **Erich Schmid** von der Stadt Neusäß.

Strehle plädierte für eine Änderung des Grundgesetzes Art. 16,6, es seien nur 3,5% der Bewerber als echte Asylanten anerkannt worden, die Anschreiben an alle kath. und ev. Pfarr-

ämter in Bezug auf Unterbringung hätten – außer einer Antwort aus Neusäß, wo 5 Äthiopier Unterkunft fanden – kein positives Ergebnis gebracht, so daß jetzt Gemeinschaftsunterkünfte aufgestellt werden müßten.

Luibl verweist auf das Argument der Kosten, bei 36000 zugewanderten Bewerbern in Bayern fallen 3500 auf Schwaben und 1500 auf Augsburg mit Kosten von 3,5 Milliarden (?). Zum sog. Asylmißbrauch meinte er, 3,5% der Bewerber werden im 1. Verfahren anerkannt, mit Familienangehörigen sind es 5,3% und im 2. Verfahren sind es dann 10%. Die Flüchtlinge müßten als Boten des Unglücks in dieser Welt gesehen werden. Aber es sei Dr. Steuber in München zuzustimmen, wenn er eine bessere Erforschung der Fluchtursachen und eine Hilfe zu ihrer Beseitigung fordere.

Stapf machte auf die Nachteile aufmerksam, welche die Asylanten hinnehmen müßten, sie haben Arbeitsverbot, erhielten Lebensmittelpakete und haben Residenzpflicht, sie können also ohne Genehmigung keine Bekannten an anderen Orten besuchen. Immerhin haben sich in Augsburg 10 Vereine zu einer Gruppe mit Hilfe für Asylanten zusammengefunden.

Für die Kommune wies **Schmid** auf einen gewissen Vorbehalt bei der Aufnahme von Asylanten hin.

In der fast 2stündigen, teils leidenschaftlichen Diskussion prallten dann die Meinungen der Befürworter eines liberalen Asylrechts (Gerechtigkeit geht vor Eigennutz, Kenntnis des Unglücks in dieser Welt und der anderen Kulturen) und der Anhänger eines europäischen Asylrechts (Strehle ab 1993) mit Aufnahme der wirklich politisch Verfolgten, schnelle Rückführung der abgelehnten Bewerber, Zweifel an der Integration auch bei mehrjährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik hart aufeinander. Auch ein Mißbrauch sei nicht auszuschließen, so kommen aus den Oststaaten von Schleppern organisierte Gruppen von kriminellen Bewerbern.

Auch wenn keine Einigung an diesem Abend zu erzielen war, so sei doch der Austausch der Argumente nützlich zum besseren Verständnis gewesen, meinte als Moderator **Dr. Günther**.

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Parlamentarischer Staatssekretär Peter Hintze, MdB ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 5300 Bonn
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

3. EAK-Deutschland-Forum

„Die Schöpfung bewahren – Gemeinsam Verantwortung übernehmen“

Samstag, 9. November 1991, 11-16 Uhr
Hygienemuseum, Lingner-Platz 1, 8012 Dresden

11.15 Uhr **Eröffnung**

Peter Hintze,
EAK-Bundesvorsitzender, Bonn

11.30 Uhr **Vortrag**

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Dresden
Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

13.30 Uhr **Gesprächsrunde 1**

Dr. Heiner Bonnenberg
Direktor Umwelt/Altlasten, Treuhandanstalt

Fritz Heinsch
Vorsitzender des Aufsichtsrates des Arzneimittel-
werkes Dresden GmbH

Maria Jacobi
Leiterin Ökologie, Ökumenisches Zentrum, Dresden

Joachim Krause
Umweltbeauftragter Landeskirche Sachsen, Dresden

14.45 Uhr **Gesprächsrunde 2**

Dr. med. Gudrun Fröhner, Leipzig
Ausschußvorsitzende Gesundheit/Umwelt, Landes-
ärztekammer Sachsen

Dr. Hans Geisler,
Sozialminister Sachsen

Ulrich Kröbin,
Landesgeschäftsführer BUND, Chemnitz

Parl. Staatssekretär

Dr. Bertram Wiczorek, MdB, Bonn
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit

Aus dem Inhalt:

Entwicklung und
internationale Ordnung
in der Dritten Welt 1

Die Bedeutung des „C“
als Grundlage politischen
Handelns 3

Schritte zur evan-
gelischen Soziallehre? 6

Engpaßfaktor Umwelt 8

Fallbeispiel Amazonien 10

EKD-Denkschrift –
wichtiger Beitrag zur
sozialethischen Diskussion
nach dem Zusammen-
bruch des Sozialismus 10

Kurz notiert 11

Leserbrief 11

Büchermarkt 13

Aus unserer Arbeit 14

Unsere Autoren:

Dr. Volkmar Köhler, MdB
Bundeshaus
5300 Bonn 1

Albrecht Martin
Hugo-Reich-Str. 10
6550 Bad Kreuznach

Dr. Klaus Lefringhausen
Deutsches Allgemeines
Sonntagsblatt
Postfach 12052
5300 Bonn 1

Dr. Gerhard Voss
Institut der Deutschen
Wirtschaft
Gustav-Heinemann-
Ufer 84-88
5000 Köln 51

*100% Altpapier
chlorfrei hergestellt*

Informationen: EAK der CDU/CSU
Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/544-305